

Zu Ende des Jahrhunderts lebten Handel und Gewerbe auch außerhalb der Flecken und Städte auf. Das war vor allem das Verdienst des Herzogs Julius von Wolfenbüttel, dem das Herzogtum Calenberg 1585 im Erbgang zufiel. Leider hat dieser tüchtige Regent nur 4 Jahre lang unserer Heimat dienen können. Aber trotz dieser kurzen Zeit zeigen sich die Spuren seines segensreichen, klugen Wirkens nicht nur in zahlreichen Akten aus damaliger Zeit, sondern sie sind noch heute in unserer Heimat sichtbar. Denn dieser Landesfürst war es, der im Jahre 1587 im Osterwald ein Kohlenbergwerk anlegen ließ; er ist damit zugleich der Gründer des Bergortes Osterwald geworden. Den Schmieden, die bis dahin die Steinkohlen weit aus der Grafschaft Schaumburg bezogen, kam das Osterwalder Bergwerk besonders zustatten; daneben konnten nun die Salzfieder zu Salzhemmendorf von der Holzfeuerung zu der billigeren Kohlenfeuerung übergehen¹¹⁷⁾.

Im Jahre 1592 wurden die Salzquellen zu Heyersum im Auftrage des Herzogs Heinrich Julius von Sachverständigen daraufhin untersucht, ob sich die Anlage eines Salzwerks daselbst lohne¹¹⁸⁾. Salz und Kohlen bleiben vorerst die wichtigsten Handelsprodukte, die weit aus der Heimat hinaus wandern. „Mit Blei-, Kupfer-, Messingzeug und anderen Metallen treiben die Untertanen keine Hantierung, nur mit Eisen, das aus dem Sauerland, von Osterode oder bisweilen auch von Gittelde bezogen wird“ — heißt es 1588 in einem Bericht des Lauensteiner Amtmanns an seinen Herzog¹¹⁹⁾. Das Gewerbe steckt noch in den Anfängen; die Haupterwerbsquelle ist nach wie vor der Ackerbau.

* * *

h) Die politische Karte.

Die politischen Grenzen in unserer Heimat waren 1523 bei Beendigung der Großen Stiftsfehde einschneidend verändert worden [siehe Abschnitt II a: Stiftsfehde!]. Als das Reformationsjahrhundert zu Ende ging, war die Grenzziehung von 1523 noch von Bestand.

III. Im Jahrhundert des Dreißigjährigen Krieges.

Als mit dem Jahre 1601 ein neues Jahrhundert heraufzog, standen drohende Wetterwolken über Deutschlands Gauen. Die religiösen Gegensätze aus der Reformationszeit hatten nach vorübergehender

¹¹⁷⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 10; 3 1, Nr. 8. — Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 2; 33, Nr. 46 b, — Ebenda: Nr. 58.

¹¹⁸⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 10; 3 g, Nr. 17.

¹¹⁹⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 2; 33, Nr. 58.

Milderung an Schärfe wieder zugenommen; daneben war der Land- und Mächthunger der kleinen und großen Fürsten und Herren beständig gewachsen. Die traurige Folge dieser Entwicklung war der Dreißigjährige Krieg.

30 Jahre lang war Deutschland der Kriegsschauplatz, wo Katholiken und Protestanten, Kaiser und Fürsten, weltliche und geistliche Herren, Dänen, Schweden und Franzosen ihre Interessen mit den Waffen ausfochten. Im Mai 1618 hob der Kampf im fernen Böhmen an. Von dort fraß der Brand weiter über ganz Deutschland. Unsere Heimat wurde zum erstenmal von seinen Flammen gepackt, als im Jahre 1625 der Dänenkönig Christian IV. in den Krieg eingriff und die Weser aufwärts auf Hameln vorrückte; denn nun — es war Ende Juli — brach der auf kaiserlich-katholischer Seite kämpfende General Graf Tilly von jenseits der Weser plötzlich mit seinen ausgehungerten Kriegsvölkern in die braunschweigisch-lüneburgischen Lande ein. Die ersten Augusttage 1625 waren für unsere Heimat eine Katastrophe. Die Erinnerung an Tilly und seine Scharen ist in unserer Heimat noch heute lebendig.

Diesem ersten Einfall wilder Kriegsscharen folgte nun eine fast ununterbrochene Reihe von Kriegsschreden aller Art. Abgesehen von unbedeutenden Scharmüheln sah unsere engere Heimat zwar keine schweren Zusammenstöße feindlicher Heere. Doch die oft monatelangen Kämpfe, die sich um die benachbarten Städte Hildesheim und Hameln, sowie um die militärisch bedeutsame Feste Calenberg abspielten, zogen unsere Heimat in den Kriegstrubel tief hinein. Truppendurchzüge, Einquartierungen, Kriegslieferungen, Vorspanndienste, Brand, Pest und andere Seuchen, Raub, Plünderung und Gewalttätigkeiten jeder Art, Hunger, Verarmung, nicht selten schließlich Verzweiflung — das ist die Reihe der Klagen und Leiden, wie sie in den Akten jener schlimmen Zeit tausendfach verzeichnet steht. Der Bauer auf dem Dorfe und der einfache Bürgersmann in der Stadt wußten anfangs kaum, später gar nicht mehr, welches die Ursachen des Krieges waren; sie wußten auch oft nicht, wer Freund und wer Feind war. War es doch keine Seltenheit, daß ein Truppenführer bald auf der einen, bald auf der andern Seite der kriegführenden Parteien kämpfte! Der Bauer und der Bürger mußten nur immer liefern, beköstigen, dienen und dulden und froh sein, wenn man ihnen Leib und Leben ließ.

Im Jahre 1643 schieden die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg durch den Frieden zu Braunschweig aus der Reihe der kriegführenden Mächte zwar aus; doch das bedeutete für unsere Heimat keineswegs die gleichzeitige Wiederkehr des kaum mehr gekannten Friedens. Auch als 1648 die Friedensglocken von Münster und

Osna brück für alle deutschen Lande erlangen, war die Kriegsnot damit noch nicht gebannt; denn es vergingen noch Jahre, ehe die schwedischen Einquartierungen in unserer Heimat aufhörten.

Die beiden Jahrzehnte vor dem Kriege hatten trotz aller religiösen und politischen Spannungen den vielversprechenden Aufschwung von Wirtschaft und Kultur, der im Reformationsjahrhundert in Stadt und Land zutage trat, noch ein gutes Stück fördern können; die 5 Jahrzehnte nach dem Dreißigjährigen Kriege lassen von jener hoffnungsvollen Entwicklung kaum noch etwas erkennen. Sie sind erfüllt von Klagen und Hader und gekennzeichnet durch vielfältigen Jank und Streit.

a) Der Rat der Stadt Gronau erläßt eine „Ordnung, wie es künftig bei Verlöbnißen, Hochzeiten und Kindtaufen gehalten werden soll“ (1612).

Da unsere Bürger und deren Kinder bei ihren Verlöbnißen und Hochzeiten oft eine übergroße und unzulässige Anzahl Volks bitten lassen und sich dadurch in unnötigen Schaden setzen, wollen wir, daß künftig folgende Bestimmungen in Acht genommen werden sollen.

Bei Verlöbnißen dürfen außer Vater, Mutter und Geschwistern nicht mehr als acht Paar Volks geladen werden. Übertreter zahlen 3 Gulden Strafe. Die Feier darf nicht über einen Tag dauern. Außer Butter und Käse sollen nicht mehr als vier Sorten Auflage gereicht werden. (Strafe: 3 Gulden.)

Bei Hochzeiten werden die Einladungen künftig von zwei Bürgern besorgt, die damit am Tage vor der Hochzeit um 2 Uhr anfangen. Die Einladungen erfolgen zugleich für alle drei Hochzeitstage. Die Wiederholung der Einladung für den letzten Tag soll gänzlich aufgehoben sein. (Strafe: 1 Gulden.)

Braustelleninhaber und „vollständige Ackerleute“ oder deren Kinder dürfen 60 Paar, die übrigen Bürger höchstens 40 Paar Volks laden. (Strafe: 5 bzw. 4 Gulden.)

Junge Gesellen, Knechte und Mägde, deren Eltern nicht geladen werden, soll man nicht bitten, es sei denn, daß sie mit dem Brautpaar blutsverwandt oder verschwägert sind. Für jede hiernach unerlaubt geladene Person zahlt der Bräutigam an den Rat 1 „Pfund“ Strafe.

Kinder unter 12 Jahren, außer Geschwistern und deren Kinder, dürfen nicht geladen werden. Die Kinder sollen an einem Tisch für sich sitzen; sie sollen dem Brautpaar gleich den Erwachsenen nach Vermögen eine hochzeitliche Ehrengabe überreichen.

Die Geladenen sollen bei der Einladung sogleich den Bittleuten sagen, ob sie erscheinen werden, damit im Fall der Absage andere für sie geladen werden können. Wer „abdanke“ und trotzdem hernach erscheint, zahlt dem Rat als Strafe 30 Groschen.

Den Bittleuten sollen vom Brautpaar nach erfolgter Einladung nicht über 3 Essen (Gänge) gereicht werden. Nach 10 Uhr soll man ihnen auch kein Getränk mehr geben. Alle Mißbräuche und Gastereien nach geschehener Einladung sollen abgeschafft sein. (Strafe: 2 Gulden.)

Das Brautpaar soll am ersten Hochzeitstage, dem Sonntag, vor 2 Uhr in der Kirche sein. Bei Verspätung sind 18 Groschen zu zahlen. Bis zur Entrichtung dieser Strafe bleiben die Kirchthüren, die um 2 Uhr nach geendigter Predigt geschlossen werden, uneröffnet.

Folgenden Montag soll das Paar altem Brauch nach vor 11 Uhr wiederum in der Kirche erscheinen.

Gleich nach Beendigung der kirchlichen Zeremonien soll an beiden Tagen mit der Mahlzeit der Anfang gemacht werden. Man soll auf niemanden warten. Es dürfen nur zwei Gänge gereicht werden; jeder Gang soll höchstens vier Speisen ausmachen. (Strafe: 4 Gulden.)

Ist die Braut eine Witwe, so daß also Montags keine Brautpredigt gehalten wird, soll die Mahlzeit in diesem Fall Montags um 11 Uhr beginnen.

Die Mahlzeit darf an keinem Tage über zwei Stunden dauern. (Strafe: 4 Gulden.)

Dienstags soll es gehalten werden wie am Montag. Am Mittwoch „soll die Hochzeit gänzlich aus sein“. (Strafe: 4 Gulden.)

Am zweiten Hochzeitstage soll niemandem mehr die Morgensuppe oder anderes an Essen und Trinken gesandt werden, außerhalb, was in des Herrn Superintendenten Behausung altem Gebrauch nach gehört und seit alters geschickt worden ist. (Strafe: 2 Gulden.)

Die Schuldiener erhalten für ihre gehabte Mühe und Arbeit nach geendigter Hochzeit von dem Bräutigam zusammen 18 Mariengroschen; der Organist erhält 9 Mariengroschen. Die diesen bislang gereichte Morgensuppe soll abgeschafft sein. (Strafe: 1 Gulden.)

Es darf abends nicht über 10 Uhr gefeiert werden. Jede Person, die nach 10 Uhr noch bei der Hochzeit ist, soll als Buße ein Pfund erlegen.

Die Sitte, daß Braut und Bräutigam ihren beiderseitigen Verwandten Hemden, Kragen, Schürzen, Schuhe, Pantoffeln, Nasentücher oder anderes zum Geschenk machen müssen, was den jungen Eheleuten oft sehr schwer wird, soll abgeschafft sein. (Strafe: 4 Gulden.)

Der Meisterkoch erhält bei großen Hochzeiten 2 Taler, bei gewöhnlichen Hochzeiten 1½ Taler, bei geringen Hochzeiten 1 Taler. Darüber hinaus darf er nichts fordern. Die Felle von Schafen, Kälbern und Lämmern verbleiben fortan dem Bräutigam. (Strafe: 2 Gulden.) Dem Koch soll auch künftig verboten sein, den Brautschilling zu fordern.

und die Kelle „über Tisch“ zu schicken und Trinkgeld zu sammeln. (Strafe: 1 Taler.)

Der Feuerböter erhält 20 Groschen, der Bierzapfer 12 Groschen, jeder Schenk einen Groschen. Jede Schüsselwäscherin bekommt außer notdürftigem Essen 18 Groschen. Der böse Gebrauch, Essen nach Hause zu schicken oder mitzunehmen, soll abgeschafft sein. (Strafe: 1 Gulden.)

Der Spielmann erhält bei 60 Paar Volks höchstens 3 Taler. Bei geringeren Hochzeiten, wenn nur 1 Spielmann gewünscht wird, ist er verpflichtet, sich in Person einzustellen oder einen „Vollmächtigen“ zu beschaffen. Er darf in diesem Falle nur höchstens einen Taler fordern. Bei den Ehrentänzen soll der Spielmann von den Vortänzern nichts fordern; er darf nur gutwilliges Trinkgeld nehmen. Am Montag mag der Spielmann nach altem Brauch Trinkgeld fordern, doch kein genanntes, nur gutwilliges. Der Brauch, daß die Spielleute abends pro Person ein Stübchen Broihan zum Schlaftrunk mitnehmen, soll aus sein. Die Spielleute sollen auf dem Rathause über 9 Reihen oder Tänze nicht spielen. (Strafe: 1 Gulden.)

Bei solchen Ehrentänzen auf dem Rathause sollen sich die jungen Gesellen und andere aller Zucht und Ehrbarkeit befleißigen, vor allem sich nicht unterstehen, ohne Mantel zu tanzen. Wer hiergegen handelt und der Jugend böses Exempel und Argernis gibt, soll einen Gulden oder mehr zahlen.

Es sollen bei Kindtaufen nur drei Gevattern gebeten werden. (Strafe: 2 Gulden.)

Die Käse, so die Gevattern zu verehren pflegen, sollen nicht über 10 Pfund wiegen. (Strafe: 1 Gulden.)

Die gebakenen Kuchen und „Klove“, so auch bisher in unnützem Gebrauch gewesen, sollen gänzlich abgeschafft sein; dafür darf man für 4 Groschen Weißbrot schenken. (Strafe: 2 Gulden.)

Das Gevatternzeug, wie Hemden, Kragen, Röcke und dergleichen, ist verboten. (Strafe: 3 Gulden.)

Die Gastereien bei Kindtaufen dürfen nicht über einen Tag dauern. (Strafe: 4 Gulden.) Außer Butter und Käse sollen nur 4 Auflagen gereicht werden. (Strafe: 4 Gulden.)

Es dürfen zur Kindtaufe nur soviel Personen geladen werden, wie man mit einer Tonne Broihan versorgen kann. (Strafe: 4 Gulden.)

Die Grasschaften, die vor wenig Jahren die jungen Burschen in Gebrauch gebracht haben, sollen bei 6 Gulden Strafe abgeschafft und gänzlich verboten sein.

b) Dreißig Jahre Krieg.

1. Aus Berichten über Tillys Einfall 1625¹⁾.

Wie die Armee Tillys auf zwei gemachten Schiffsbrücken den 28. Juli über die Weser marschieret, ist das Kriegsvolk alsbald in Holzminden gefallen. Selbiges Städtlein hat man ausgeplündert. Nachdem auch das Amt Widenen²⁾ gänzlich verwüstet worden, haben sich die Tillyschen Kriegsvölker an das Amt Lauenstein machen wollen. Als sie an den Ith gekommen, worin sich unzählig viel armes Volks an Weibern und Kindern, Wöchnerinnen und gebrechlichen Leuten zur Rettung des nackten Lebens mit Dornen und Ästen verbarrikadiert hatte, haben sie versucht, die Knicke und Berhaue zu durchbrechen, um diese armen, von Haus und Hof verjagten und beraubten Leute ums Leben zu bringen; darüber dann unzählig viel Untertanen, deren Anzahl man noch nicht weiß, umgekommen und zum Teil Hungers gestorben sind. Amt und Flecken Lauenstein wie auch der Flecken Hemmendorf und daselbst belegene Dörfer sind von den Tillyschen alsdann ganz ausgeplündert worden.

Das Städtlein Gronau ist bis auf den Grund ausgepöcket³⁾; Häuser, ja ganze Gassen sind niedergerissen worden und liegen nun verwüstet. Die Stadt Alfeld ist dagegen ungeplündert geblieben. Wie stark das Städtlein Gronau vor allen anderen benachbarten Orten betroffen ist, das bezeugt der Anblick der öden und wüsten Wohnstätten. Das Elend der Leute, insonderheit das der Witwen und Waisen, ist nicht zu beschreiben.

* * *

2. Der Tillysche Hauptmann de Gleen⁴⁾ berichtet, wie er mit seinen Leuten im Quartier zu Elze von dänischen und calenbergischen Bauern überfallen worden ist. 1625⁵⁾.

Nachdem ich in Elze einmarschiert, habe ich meine Kompagnie zusammengenommen und denselben im Beisein aller Bürger ernstlich befohlen, sie sollten mir keine Angelegenheiten machen und sich ordentlich verhalten; Übertreter würde ich in den Turm⁶⁾ sperren lassen.

¹⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Def. 16, A; Nr. 223.

²⁾ Die Gegend Wisperode—Eschershausen.

³⁾ Verwüstet, ausgebrannt, ausgeplündert.

⁴⁾ Nachmals Feldmarschall.

⁵⁾ Gedruckt: von der Decken, Herzog Georg usw. Hannover 1833. — Ha.: Cal. Br. Arch. Def. 16, A; Nr. 255.

⁶⁾ Gemeint ist der Kirchthurm.

Darauf habe ich wie gebräuchlich die Wachen ausgestellt. Am andern Morgen in der Frühe gehe ich um den Flecken spazieren. Als ich in den Flecken wieder hineinkomme, kommt ein Soldat von der Poppenburg gelaufen mit der Nachricht, die Besatzung auf der Poppenburg wäre vom Feinde überfallen worden. Sogleich ließ ich die Trommel rühren und rückte mit meiner Kompagnie nach der Poppenburg ab, um der Besatzung dort zu Hilfe zu kommen. Nur meinen Feldwebel und einige Kranke ließ ich in Elze zurück; diese hatten Befehl, die Kirche samt Rathaus und Turm, so mitten im Flecken stehen, zu besetzen. Wie ich aber von dannen gezogen, haben die Bürger selbigen Fleckens sich dem widerseht. Nachdem ich mit meiner Kompagnie ungefähr bis auf einen Musketenschuß an die Poppenburg herangekommen war, sah ich, daß die Bauern von Gronau und dort herum in großer Menge auf Elze zu liefen; daneben wurde in allen Dörfern die Sturmglocke geschlagen. Darauf kamen die Bauern von allen Enden und Orten wie ein Bienenschwarm heran. Deshalb habe ich mich schleunigst wieder nach Elze zurückgezogen. Dort habe ich zunächst das Rathaus aufgeschlagen und Musketiere hineingelegt. Dann bin ich zum Bürgermeister gegangen und habe von ihm verlangt, den Kirchturm zu öffnen. Mittlerweile begannen Bauern und dänische Soldaten, an allen Enden in den Flecken einzufallen. Ich ließ auf sie Feuer geben und zog mich langsam auf den Kirchhof zurück. Mein Feldwebel mußte den Befehl beim Rathaus übernehmen. Ungefähr um 8 Uhr morgens begann der Sturm auf den Flecken. Die kranken Soldaten, wie auch die Weiber und Kinder, so in den Bürgerhäusern verblieben waren, wurden alle niedergemacht. „Die um Rathause, so die beste Gegenwehr tun können“, haben sich bis zum letzten Schuß Pulver gehalten, bis sie sich schließlich nach 4 Stunden ergeben mußten. Der Turm, auf welchem ich selbst mich aufhielt, war zur Verteidigung schlecht geeignet, denn er hatte nur ein Loch und die Tür, dadurch man schießen konnte. Mehrfach rief mir der Feind zu, ich solle mich ergeben, sonst würde man mit Petarden⁷⁾ sprengen. Weil ich schließlich gesehen, daß ich mich nicht länger halten konnte, habe ich mich mit meinen Leuten gegen Zusage ehrenvoller Behandlung in ihre Hände gegeben. Nachdem wir einer nach dem andern vom Turm heruntergestiegen, sind wir nach Poppenburg abgeführt worden. Andern Tages wurden wir nach Langenhagen gebracht.

* * *

⁷⁾ P. = Sprengschuß.

3. Aus einem Bericht des poppenburgischen Amtmanns Rodtshroder über den Zustand des Amtes Poppenburg 1626⁸⁾.

Der Amtmann hat von Poppenburg nach Hildesheim entweichen müssen, weil ihm auf dem Amtshause zu Poppenburg Unterkunft und Lebensunterhalt genommen worden sind, und weil er seines Lebens dort nicht mehr sicher war. Auf einer Reise nach Lauenstein hat er nur mit knapper Not einem Trupp Tillyscher Kriegsknechte entinnen können. Da das Feld wegen Mangel an Saatkorn nicht bestellt werden kann und die Amtsuntertanen die schuldigen Korn- und Geldzinse nicht entrichten können und auch nicht mehr entrichten wollen, sei seine Anwesenheit in Poppenburg zudem höchst unnötig.

Die Ernte ist im Herbst 1625 gut eingebracht, wenn auch mit großer Mühe und Gefahr Leibes und Lebens. Darauf ist der Acker auch wieder gepflügt worden; doch hat die Einsaat nicht erfolgen können, da am Sonntag nach Michaelis 1625, nachdem die dänische Armee aus der Gegend abgezogen war, die Truppen Tillys und die Wallensteinischen Völker ins Amt Poppenburg von beiden Seiten⁹⁾ einrückten und den Amtmann mit allen anderen Amtsbedienten davongejagt haben. Die Kriegsvölker haben alles Saatkorn und allen Vorrat davongebraucht und vertan.

Das Vieh hatte der Amtmann zuvor in die Gegend von Wolfenbüttel und von dort nach der Grafschaft Hohnstein¹⁰⁾ treiben lassen, um es vor den Kriegsvölkern zu retten. Als auch die Grafschaft Hohnstein von feindlichen Truppen bedroht wurde, hat man das Vieh zurückgetrieben in die Gegend von Schlade. Dort ist es den Wallensteinischen Völkern dennoch in die Hände gefallen. Diese haben die Kühe, Rinder und Schafe in Schlade, die Schweine in Heiningen schlachten lassen.

Der Zoll an der Leinebrücke bei Poppenburg wird jetzt von der Tillyschen Besatzung daselbst gehoben. Für jeden Wagen müssen 4 Groschen, für jeden Karren 2 Groschen entrichtet werden.

Die Mühle zu Poppenburg bringt nichts mehr ein, da die Dämme und Wehre zerstört sind, so daß das Wasser an den Mühlrädern vorbeifließt.

Die Amtsuntertanen können die schuldigen Spanndienste nicht leisten, da sie ihrer Pferde beraubt worden sind. Ihre Acker liegen

⁸⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Def. 10; 3 g, Nr. 26.

⁹⁾ Wallenstein selbst kam im Leinetal abwärts bis Alfeld und Zimmer.

¹⁰⁾ Am Südbarg bei Ilfeld.

meist brach. Einige der Untertanen, die sich ein Pferd wiedergekauft haben, helfen sich gegenseitig durch Zusammenspannen. Als der General Tilly im vorigen Jahr (1625) den Calenberg belagerte und mit seinem ganzen Heere mehrere Tage lang im Amt Poppenburg lag, hat man den Bauern alles versüttet und zunichte gemacht, ihnen alles Vieh geraubt und sie zu blutarmen Leuten gemacht. Der Rest ist neulich bei der zweiten Belagerung der Feste Calenberg verloren gegangen. Das ganze Jahr hindurch mußten schwere Kriegslieferungen nach dem Calenberg geleistet werden, ohnangesehen die Dörfer mehr als halb ausgestorben sind, viele Häuser unbewohnt dastehen oder auch heruntergebrochen sind. Wo noch Leute in den Häusern wohnen, sind es meist arme Witwen und verlassene Waisen, die sich des Hungers nicht zu erwehren wissen. Die Leute sind trotzig und halsstarrig geworden; sie brechen in die herrschaftlichen Waldungen ein und nehmen dort, was ihnen beliebt.

Die Soldaten haben auf dem Amtshofe zu Poppenburg mehrere Wirtschaftsgebäude heruntergerissen und das Bauholz verfeuert. Bei ihrem Abzuge haben sie in den Gemächern und auf den Böden des Amtshauses 40—50 Fuder Stroh und Mist zurückgelassen. Man meint, daß noch Pestleichen darunter liegen. „In den Amtsdörfern hat es auch allenthalben an der Pest gestorben.“

* * *

4. Aus einem Bericht des Amtsverwalters Koten zu Lauenstein. April 1632¹¹⁾.

Obgleich ich selbst im Amte Lauenstein umhergeritten bin, auch meine Diener und die Untervögte täglich im Amte umherlaufen, um die schuldigen Geld- und Korngefälle von den Untertanen beizutreiben, will trotz allen Anmahns und Pfändens nichts mehr helfen. Von vielen Untertanen wird ihnen gar mit verächtlichen, unnützen und ehrenrührigen Worten begegnet, so daß die Amtsbedienten sich bereits weigern, die Beitreibungen weiterhin vorzunehmen.

Vor ungefähr 8 Tagen jagte Heinrich Becker aus Wallensen, der bei dem fürstlich-lüneburgischen Volk als Lanzenknecht in Dienst getreten war, durch das Amt, verfolgt von fünf kaiserlichen Reitern. Er suchte schließlich Rettung auf einem einzelnen Hof bei Wallensen, Steller genannt. Dort hätte man ihn beinahe erwischt. Es gelang ihm unter Preisgabe seines Pferdes soeben, durch Flucht in die finstere Nacht das nackte Leben zu retten. Nun hat er sich zur Schnapp-

hanerei¹²⁾ begeben und mit Hans Kettelhake von Soldagen und noch drei anderen eine Rotte gebildet, die sich, mit langen Feuerrohren bewaffnet, in den hiesigen Wäldern umhertreibt.

Vorgestern spät in der Nacht ist Aschen Staalhuett von Salzheimmendorf, welcher ebenfalls bei den fürstlich-lüneburgischen Völkern Kriegsdienste getan hatte, von Buztebude her in seinem Heimatort wieder eingetroffen. Als er sich gestern „aufm Krüge in Salzheimmendorf“ sehen ließ, wurde er von drei kaiserlichen Soldaten der Besatzung zu Steuerwald davongeholt und aus dem Flecken geführt. Als er ihnen unterwegs entlaufen wollte, haben sie ihn zweimal durch Kopf und Leib geschossen und ihn dann noch durchstoßen. Nachdem man dem Toten Koller, Kleider, Stiefel und Sporen genommen hatte, hat man die Leiche vor dem Tore nackt liegend gelassen.

So haben sich auch gleichfalls gestern 15 Reiter auf dem Osterwalde aufgehalten und hiesige und die Hemmendorfer Feldmark durchritten. Darunter war des genannten Staalhuets Schwager, der Krüger Otto von der Hallerburg und einer von Marienau, namens Heinrich Gohmann. Die übrigen sollen aus Münster und Elsdagen stammen. Wie ich höre, sollen sie von Hannover gekommen sein und die Absicht gehabt haben, meine Pferde fortzunehmen. Da ich aber zu meinem Glück gerade dicht bei dem Amtshause¹³⁾ pflügen ließ, wagten sie den Raub nicht; dafür haben sie alsdann zwischen Soldagen und Hemmendorf etliche Pferde ausgespannt. —

Einige Tage später berichtet der Amtmann: Bei jüngstem Aufbruch des Merodischen Regiments haben ungefähr 30 Mann versucht, in das Vorwerk Eggersen einzudringen. Die Schutzwache und die Dienerschaft daselbst haben sich aber zur Wehr gesetzt, einen der Angreifer niedergeschossen und einen durch Schulterchuß schwer verwundet, „worauf alle wieder abgewichen“.

Folgenden Tages sind 6 durch Hemmendorf geritten und haben daselbst einen Bürger mit wegführen wollen. Als Bodo Beer, der Bürgermeister daselbst, sich deswegen ins Mittel legen wollen, ist derselbe mit zwei Kugeln geschossen worden, so daß der „Balbier“ wenig Hoffnung für sein Leben hat.

Heute um 2 Uhr sind ungefähr 15 Reiter bei Hemmendorf herkommen; diese haben bei Spiegelberg eine Frauensperson aus Lauenstein aufgefangen und in Richtung auf das Amt Wilsen mitgenommen¹⁴⁾.

¹²⁾ Straßenräuberei.

¹³⁾ zu Lauenstein.

¹⁴⁾ Vgl. Anmerkung 2!

¹¹⁾ Ha.: Silbesheim 1; VII, 2; Nr. 16.

Im Stieghagen, nur ungefähr zwei Musketenſchuß vom Amtshauſe entfernt, laſſen ſich wiederholt 4 Reiter ſehen, ſo daſelbſt in Stiefeln und Sporen ſpazieren gehen. Wieviel ſonſt noch im Buſch ſtecken mögen, kann ich nicht ſagen. Iſt mir leid genug, daß ich es leiden muß.

* * *

5. Aus Berichten über die Plünderung Gronaus durch Pappenheimſches Kriegsvolk. Ende Juni 1632¹⁵⁾.

Am Montag nach Dreikönigstag¹⁶⁾ 1632 wurde bei der an dieſem Tage ſeit alters üblichen Erneuerung des Rates Curd Quedenbaum zum Bürgermeiſter in Gronau gewählt. Bald jedoch kam in der Stadt eine ſtarke Mißſtimmung gegen das neue Stadtoberhaupt auf. Denn nicht nur, daß ſich Quedenbaum meiſt in Hildesheim aufhielt und ſich weigerte, den ſakungsgemäßen Amtseid zu leiſten; einzelne Bürger waren vor allem deſhalb ſeine Gegner, weil ſie ſich mehrfach bei Einquartierungen andern Bürgern gegenüber benachteiligt geſehen hatten. Der Führer der Unzufriedenen iſt der Bürgermeiſter Johann Doerhagen.

Am 30. Juni 1632 wird Gronau von dem in der Nähe lagernden Pappenheimſchen Kriegsvolk ganz unvermutet überfallen. Man raubt den armen Leuten alle ihre bewegliche Habe, ihr Vieh, „ſelbſt die Schuhe von den Füßen“; man treibt ſie zuſammen wie einen Haufen unvernünftiges Vieh, prügelt ſie, ſchlägt ſie braun und lahm und ſchießt in den Haufen hinein. Den Eltern werden die erwachſenen Kinder gewaltsam abgenommen und weggeführt. „Mit Frauen und Jungfrauen iſt ſolche Schande getrieben worden, daß ſich Sonne und Mond darüber entfarben möchten.“ Kirchen und Rathaus werden gewalttätig aufgeſchlagen und geplündert. In den Kellern „zappt man das Bier auf die Erde“. Schließlich zwingt man die Ausgeplünderten mit bloßem Degen, die ihnen geraubten Mobilien ſelbſt ins Lager zu ſchaffen. Dort hat man ihnen geſagt, daß dieſe Plünderung eine Strafmaßnahme ſei. Ihr Bürgermeiſter habe ſich nämlich ſtandhaft geweigert, eine abgenommene Brücke wieder inſtand ſetzen zu laſſen und für die Pappenheimſche Armee gegen bare Bezahlung Bier zu liefern.

Tatſächlich war nachts zuvor um 11 Uhr ein Schreiben aus dem Pappenheimſchen Lager mit diesbezüglichen Forderungen an die Stadt Gronau abgeſandt worden. Da der Bürgermeiſter die Annahme verweigert hatte, war das Schreiben von dem Überbringer kurzerhand

durch das Stadttor geſtedt worden. Erſt am andern Morgen hatte der Bürgermeiſter das Schreiben beantwortet und zwar ausweichend; „daraüber der General Pappenheim ſich höchſt getroffen befunden und zur Strafe die Ausplünderung der Stadt befohlen haben ſoll“.

Wegen dieſes unklugen Verhaltens einem Stärkeren gegenüber macht man dem Bürgermeiſter jetzt heftige Vorwürfe. Die Mißſtimmung gegen ihn wächſt an bis zu offenem Aufruhr. Eine Rotte Bürger dringt in des Bürgermeiſters Haus am Marktplatz; allen voran Hans Sievers. Er ſchimpft den Bürgermeiſter und die Ratsherren ſchelte; ſchließlich nimmt er ein großes Meſſer und läuft damit den Bürgermeiſter an. Dieſer rettet ſein Leben in höchſter Not mit einer Forke, die er noch ſoeben erwiſchen kann.

Nun folgen Klagen und Widerklagen bei der landeſfürſtlichen Regierung in Wolfenbüttel. Der Landeſherr verbietet zunächſt bei Strafe an Leib und Leben jede weitere Gewalttat. Dann ſind Unterſuchungen und Vernehmungen, wochenlang. Die aufrühreriſche Bürgerſchaft macht dabei von neuem die alte Erfahrung, daß es nicht ratsam iſt, als Untertan zu rebellieren!

* * *

6. Aus Akten der Stadt Elze. Mai 1637¹⁷⁾.

Bürgermeiſter und Rat des Fleckens Elze bitten am 12. Mai 1637 bei ihrer fürſtlichen Landeſregierung zu Hildesheim¹⁸⁾ um Ermäßigung der Steuern. Der Amtmann zu Pöppenburg habe bereits mit gewaltsamer Beitreibung der rückſtändigen Abgaben begonnen; doch es ſei in Anbetracht der letzten ſchwediſchen ſchweren Einquartierung und Geldforderung und vor allem wegen der kürzlich erlittenen Schäden beim Durchmarſch kaiſerlicher Regimenter ſchier unmöglich, weitere Kriegsſteuern aus der „armen und zum guten Teil verwüſteten Kommune“ herauszupreſſen.

Die landeſfürſtliche Garniſon zu Wolfenbüttel — ſo heißt es in dem Bittſchreiben weiter — habe bereits 360 Taler erhalten, die mit ſcharfen Exekutionsmitteln eingetrieben werden mußten. Dieſe Summe, ſo war von der Kriegskaſſe zugeſagt, ſollte an den laufenden Steuern nachgeſtafft werden. Das ſind aber biſlang leere Verträge geblieben.

Um gegen gänzliche Ausplünderung geſichert zu ſein, hat auch an die ſchwediſche Garniſon zu Minden über die Maßen viel an Geld, Proviant und Bier abgeführt werden müſſen.

¹⁵⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 18, Abſchnitt 6; Nr. 8.

¹⁶⁾ Der Dreikönigstag iſt der 6. Januar.

¹⁷⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Deſ. 10; 2 d; Nr. 17.

¹⁸⁾ Das war die Regierung des Herzogs Georg von Braunschweig-Lüneburg.

Alle diejenigen, die solche Lieferungen beizuschaffen haben, würden lieber Schweine hüten, ja, da es möglich wäre, unter die Erde ins Grab sich wünschen, als daß sie das Lamentieren, Winseln und Wehklagen der Armen anhören und sehen müssen. Brot- und Saatkorn sind vergriffen; der Kredit in den Städten ist gänzlich erloschen; alle Nahrungsmittel sind zerronnen. Der betrübliche Jammerstand kann vor heißen Zähren und großer Herzensangst mit der Feder nicht beschrieben werden

Das Schreiben des Rates ist noch nicht abgesandt, da bricht abends 6 Uhr von Südosten her ein greuliches Donnergewitter los. Hagelsteine, teils größer als Hühnereier, vernichten Roggen, Rübsamen, Erbsen, Bohnen und die soeben gelaufene Gerste. „Alle Hoffnungen sind damit zerronnen, und wir daher auf der Welt keinen Rat mehr wissen; bitten um alle nur mögliche Nachsicht, damit die armen, hoffnungslos gewordenen Leute nicht notwendig austreten¹⁹⁾“, den Bettelstab ergreifen und mit Weib und Kind ins bittere Elend gehen müssen.“

* * *

7. Aus einem Bericht des Lehrers und Küsters Johannes Lappe zu Coppenbrügge über die Verwüstung der Coppenbrügger Kirche durch französische Truppen. Ende 1642²⁰⁾.

Der Kirchenschaden kann von mir nicht genau berechnet werden, weil viele Leute aus den umliegenden Ortschaften allerlei Hausrat und Früchte in die Kirche gebracht hatten, in der Hoffnung, ihre Habe dadurch vor Raub zu schützen. Die Kirche ist voll Guts gewesen; unten in der Kirche und oben auf dem Gewölbe sind über 200 Kisten gestanden, mit Kleidern und Korn gefüllt, daneben viel Früchte in großen Gefäßen und Säcken. Aber es ist leider Gottes alles hinweggeraubt. Die Offiziere der französischen Truppen verlangten gleich anfangs von mir die Schlüssel zu der Kirche, unter dem Vorgeben, sie wollten 2 Soldaten als Schutzwache in die Kirche setzen, damit die darein gebrachten Sachen desto besser verwahrt seien. Davon habe ich sogleich den Bürgermeister und mehrere andere Bürger benachrichtigt. Diese bemühten sich nun, daß die Schutzwache außerhalb der Kirche bleiben möchte. Das hat aber nichts geholfen; denn sie mußten hören: Wollten sie die Kirche mit Willen nicht bald öffnen, so wollten sie sie bald öffnen, denn sie wüßten dazu gute Mittel! Nach diesen Worten und nach vergeblichem erneuten Bitten der Bürger-

¹⁹⁾ fortgehen.

²⁰⁾ Ha.: Hannover 19 d; I b; Nr. 21.

schaft und der gräflich-spiegelbergischen Beamten hat man mit gewaltiger Bedrängung die Kirche eröffnet. Die Offiziere haben erstlich das Federvieh, Gänse, Hühner und Enten daraus genommen, vorgebend, das gehöre nicht in die Kirche. Danach haben sie die Kisten mit Gewalt aufgeschlagen und zunächst die Lebensmittel, dann aber auch den Hafer, die Kleider und schließlich alles Ubrige herausgenommen. Zuletzt haben sie nichts in der Kirche gelassen, sondern dieselbe völlig ausgeplündert, mich auch übel geschlagen und vom Turm werfen wollen. Nach der Ausplünderung hat man auch die leeren Kisten in der Kirche zerschlagen und verbrannt, so daß nicht eine einzige unverfehrt geblieben ist. Ja, was noch greulicher ist, sie haben auch des Kirchenornats nicht geschonet und alles vom Altar geraubt. Doch das ist von mir mit großer Lebensgefahr und mit weinenden Augen wiedererbeten worden. Sie haben sogar der Verstorbenen in den Gräbern nicht verschonet; sie haben die Steine in der Kirche²¹⁾ umgewendet, die Stühle aus der Kirche meistens verbrannt, die Seile von den Glocken und dem Uhrwerk geschnitten, die Leitern vom Turm und die Dielen alle verbrannt, auch den Armenstoft geraubt und die Gelder daraus genommen; welches alles erbärmlich ist anzusehen gewesen, und ist nichts als das bloße Gemäuer der Kirche und etliche wenige Stühle in der Kirche stehen geblieben. In Summa, sie haben nicht gehandelt wie Christen, sondern noch ärger wie Türken und Heiden, so daß also die Untertanen dadurch meistens an den Bettelstab geraten sind.

* * *

8. Aus einem Bericht über den Zustand des Dorfes Eberholzen bei Kriegsende. 1649²²⁾.

In Eberholzen sind 2 Ackerleute (Vollmeier), 7 Halbspänner (Halbmeier), 21 Rötter (Rötner) und 4 Brinkfiker.

Der Meier Andreas Schmiedes oder Tiele ist gänzlich arm. Er hat nur ein kleines Pferd, hat weder Knechte, Jungen noch Mägde, und er ist mit 5 kleinen Kindern beladen.

Von den Halbspännern haben die meisten nur 1 Pferd. Andreas Meierahrens (Marahrens!) ist sein Haus bald umgefallen. Hans Knacksterts Witwe ist eine arme Frau, hat 5 kleine Kinder und wird den Hof schwerlich halten können.

Der Rötter Dietrich Meyer kann nicht fortkommen; das Haus ist sehr gestükt. Paul Arens ist ein lahmer Schneider. Andreas Piler-

²¹⁾ die Grabplatten.

²²⁾ Beverinsche Bibliothek zu Hildesheim: Hf. 201.

mann ist arm. Andreas Schwarzen hat einen abgebrannten Rötterhof angenommen, deshalb kann er nichts entrichten. Ulrich Wapmann, dem die Frau entlaufen, wird auch schwerlich aushalten. Auch mit Hans Lömann ist es nicht beständig, weil das Haus, darin er wohnt, nicht sein ist und dazu herunterfallen will.

Zu den 4 Brinckhären zählen die Witwe Wapmann, eine alte arme Frau, und noch eine alte arme Frau, die Doktorin genannt, die ihr Brot umher sucht.

Die Leute in Eberholzen können ihre Dienste²³⁾ der Armut und der unerträglichen schweren Kriegssteuern wegen nicht voll tun. Wenn man sie dazu dringen wollte, würden sie entlaufen und von dannen ziehen.

c) Klagen und Beschwerden.

1655. Die auf dem sogenannten Damm vor Lauenstein wohnenden Leute waren seit alters verpflichtet, für den Amtmann zu Lauenstein in Amtssachen Botendienste zu tun. Sie bekamen dafür jedesmal Brot, Käse und Bier. Nun klagen die „Dämmer“ bei der landesfürstlichen Regierung zu Hannover, daß man von ihnen nicht nur übermäßig viele und auch oft sehr weite Botengänge verlange, sondern ihnen auch die übliche Kost vorenthalte. Die Landesregierung untersucht die Beschwerde an Hand der vorhandenen älteren Akten und entscheidet, daß, wenn die „Dämmer“ künftig wegen Brieftragens oder sonst in Amtsgeschäften innerhalb oder außerhalb des Amts Lauenstein gebraucht werden, jedem alsdann nach Verrichtung des Dienstes 3 Knollen Brot und 2 Käse gereicht werden sollen. „Der Tranf soll dagegen gänzlich abgeschafft bleiben“²⁴⁾.

* * *

1613. Sämtliche Ackerleute des Fleckens Lauenstein klagen bei ihrer landesfürstlichen Regierung darüber, daß der Amtmann zu Lauenstein sie trotz ihres Privilegiums, jährlich nur höchstens 7 Tage Spanndienste leisten zu müssen, zu Mehrleistungen für und für nötige und bei Gefängnisandrohung sich dermaßen ungütlich und unbarmherzig gegen sie bezeige, daß es nicht zu ertragen sei. Er bestelle sie oftmals mit den Pferden auf 4 Uhr morgens früh, ließe sie dann aber oft bis gegen Abend vergeblich warten und schmachten, so daß sie alsdann unverrichteter Sache nach

²³⁾ Herrendienste.

²⁴⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Lauenstein I; I, Fach 38; Nr. 1.



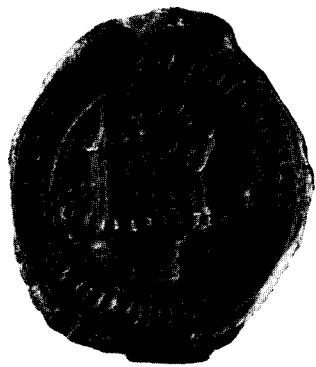
Grabstein eines Leutnants aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges (an der Kirche in Salzhemmendorf).
phot. Varner.



Siegel der Stadt
Gronau. 1434.



Siegel des Fleckens
Elze. 1585.



Siegel der Stadt
Wallenf. 1409.



Siegel des Fleckens
Salzhemendorf. 1613.



Siegel des Fleckens
Hemmendorf. 1585.



Siegel des Fleckens
Lauenstein. 1645.



Siegel des Fleckens
Eime. 1611.



Siegel des Fleckens
Coppenbrügge. 1617.

Hause gingen. Gleichwohl müßten sie am andern Morgen wieder bereitstehen und wohl noch einen halben oder gar einen ganzen Tag warten²⁵⁾.

* * *

- 1624, am 1. April, wird in den Hildesheimer Kirchen für die armen Abgebrannten zu Eime gesammelt. Eine weitere Nachricht besagt, daß damals in Eime 5 Häuser verbrannten²⁶⁾.
- 1638 sind die Leute zu Hemmendorf in großes Kreuz und erbarmlichen Brandschaden gekommen, indem fast all das Ihre eingäschert worden ist. Dieserhalb bitten sie flehentlich um Steuererlaß²⁷⁾.
- 1643, am 9. Oktober, hat eine unversehene, grausame Feuersbrunst im Flecken Salzhemendorf in schneller Eile 94 Häuser samt Pfarre, Rathaus und 6 Salzkoten in Asche gelegt²⁸⁾. Am 17. Januar 1644 wurden abermals 13 der besten Wohnhäuser samt Scheunen und Ställen mit allem Vorrat eingäschert, so daß man der „schrecklichen Brunst kaum mit dem bloßen Leben entinnen können und alle Verbrannten zu blutarmen Leuten geworden“ sind. Nun bittet man den Landesfürsten um die Erlaubnis, Deputierte zum Einsammeln von Unterstützungen ausscheiden zu dürfen²⁹⁾. — Am 4. Mai 1652 sinkt der soeben wieder erbaute Flecken erneut in Asche. 70 Gebäude, der Kirchturm samt 4 Glocken und Uhrwerk, wie auch aller Hausrat und alle Vorräte an Malz, Brot und Saatkorn fallen bei dem überaus trockenen Wetter „mit großer Schleunigkeit“ der Feuersglut zum Opfer. Die Einwohner sind „bis auf den äußersten Grad verderbt und erschöpft“. Sie flehen bei ihrem Landesfürsten erneut um die Erlaubnis zu einer Kollekte³⁰⁾.
- 1681 bittet der Rat der Stadt Gronau durch den Bürgermeister Hans Dörhagen für seine abgebrannten Bürger bei der Stadt Hildesheim, dem Domkapitel, bei Klöstern und bei anderen Stadtgemeinden der Nachbarschaft um Sammlung milder Gaben. Durch einen Blitzstrahl war am 1. Mai fast die halbe Stadt in Asche gelegt worden. Die beiden Ratsmitglieder Hermann Speidt und Wulbrand Strümp werden nach Hildes-

²⁵⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 2; 33, Nr. 41.

²⁶⁾ St.-A. Hildesheim: Akte XXXIII, 1, vol. 1.

²⁷⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 2; 33, Nr. 50 b.

²⁸⁾ Ebenda.

²⁹⁾ Ebenda.

³⁰⁾ Ebenda.

heim abgesandt, um sich an dem Einsammeln der Gaben zu beteiligen und das gesammelte Geld vom Rat der Stadt in Empfang zu nehmen³¹⁾.

1692, am 27. August, nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, wird der Flecken C o p p e n b r ü g g e binnen weniger Stunden ein Raub der Flammen³²⁾. Nur die Kirche, das Schloß und abseits gelegene Häuser bleiben erhalten. Mehr als 90 Gebäude verbrennen. In den Kirchen Hildesheims wird von den Kanzeln um milde Gaben gebeten, und an den Kirchthüren werden die Becken gesetzt. 1697 ist der Flecken erst teilweise wieder aufgebaut. Das Rathaus steht zwar wieder da, hat aber noch keine Fenster. Nun bittet der Rat des Fleckens die benachbarten Städte, so auch Hildesheim, um Stiftung je eines Fensters mit dem Wappen des Stifters darin³³⁾.

Im gleichen Jahre (1692) traf auch Elze wiederum ein großes Brandunglück. Die Kirche samt Turm und Glocken, die Pfarre und zahlreiche Bürgerhäuser wurden ein Raub der Flammen³⁴⁾.

d) Die politische Karte.

Die politische Karte unserer Heimat hat in den Jahren von 1601 bis 1700 zweimal erhebliche Änderungen erfahren.

Als im Jahre 1643 die welfischen Herzöge mit der kaiserlich-katholischen Partei Frieden schlossen, mußten sie als Friedenspreis „das Große Stift“, das sie in der Hildesheimer Stiftsfehde (1523) an sich gerissen hatten, dem Bistum Hildesheim wieder herausgeben. Nach 120jähriger Enteignung und Entfremdung wurden die alten Stiftsämter Gronau, Winzenburg und Poppenburg damals also wieder hildesheimisch. Auch das Kloster Escherde wurde dem Stift Hildesheim zurückgegeben. Das Kloster Eddinghausen blieb jedoch, da es als Zubehör des Klosters Escherde unter den wieder auszuliefernden stiftlichen Ortschaften im Friedensvertrage von 1643 nicht eigens genannt worden war, calenbergisch. Dorf und Feldmark Eddinghausen wurden somit eine Exklave des Fürstentums Calenberg, nachmals des Kurfürstentums und Königreichs Hannover, in stiftihildesheimischem Gebiet.

Das Amt Lauenstein, das im Jahre 1409 von den Edelherrn von Homburg den welfischen Herzögen überlassen worden war,

³¹⁾ St.-A. Hild.: Akte XXXIII, 1, vol. 1 und Ha.: Depos. 15, Akte Nr. 3.

³²⁾ St.-A. Hild.: Akte XXXIII, 1, vol. 1.

³³⁾ Ebenda.

³⁴⁾ Ebenda [1708].

von diesen 1433 an das Stift Hildesheim verpfändet wurde, seit 1523 aber wiederum unter welfischer Verwaltung gestanden hatte, verblieb 1643 beim Fürstentum Calenberg.

Benstorf wurde im Jahre 1635 aus der nachweislich schon 1389 bestehenden Verbindung³⁵⁾ mit dem stiftihildesheimischen Amte Poppenburg gelöst und mit dem Amte Lauenstein, zu dem es in alter Zeit gehört haben wird, wieder vereinigt³⁶⁾.

Im Jahre 1690 trennte die fürstbischöflich-hildesheimische Regierung die Ortschaften der Niederen Börde vom Amte Winzenburg ab und legte sie dem Amte Gronau bei³⁷⁾. Dadurch wurden die beiden Zellkerne des heutigen Kreises Gronau, Stadt Gronau und Eberholzen, nicht nur miteinander verbunden, sondern darüber hinaus zu einem festen Kernstück so abgerundet und erweitert, daß mit dieser Maßnahme der hildesheimischen Landesregierung die Entwicklung des kleinen stiftlichen Amtes Gronau zu dem heutigen Kreis Gronau entscheidend angebahnt worden ist.

IV. Im Jahrhundert Friedrichs des Großen.

Das Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges war neben der fast hoffnungslosen Verelendung des deutschen Volkes die gänzliche, vor aller Welt offen zutage tretende Auflösung des Deutschen Reiches in mehr als 360 Einzelstaaten gewesen. Die partikularistischen Bestrebungen der deutschen Landesfürsten waren nach jahrhundertelangem Kampf gegen Kaisertum und Reichsgewalt siegreich geblieben. Seit 1648 ist das Wohlergehen der Untertanen in deutschen Landen in starkem Maße abhängig geworden von der Person des jeweiligen Landesfürsten. Denn dem Landesfürsten stand nicht allein von Rechts wegen die absolute Macht in seinem Herrschaftsgebiet zu Gebote; es gelang ihm auch immer mehr, durch eine wohldisziplinierte Beamten-schaft, durch eine gut organisierte Landesverwaltung, durch Einsetzung einer ausreichend starken Polizei- und Militärgewalt und daneben durch eine nicht zufällige, sondern sehr zweckdienliche glanzvolle Herausstellung seiner Person und seiner Residenz sich zu dem zu machen, der in seinem Lande oder Ländchen alles regiert, alles entscheidet, alles gebietet und verbietet. Landesfürsten, die neben ihrer absolutistischen Einstellung sich gleich Friedrich dem Großen als erste Diener ihres Staates betätigten, konnten für die Untertanen zum Segen ge-

³⁵⁾ Sudendorf, Urkundenbuch der Herzöge usw.; IX, 276, Anmerkung 3.

³⁶⁾ Ha.: Hannover 88, C, Amt Poppenburg, A. A. 1; Nr. 1.

³⁷⁾ Hildesheimer Landesordnung I, Nr. 8.

reichen; Landesfürsten, die von Tyrannengefönnung erfüllt waren, mußten ihrem Lande zum Fluch werden. Unter den Landesfürsten unserer Heimat in der Zeit der absoluten Fürstenherrschaft war zwar kein Friedrich der Große; aber es waren doch Regenten darunter, die von bestem Willen erfüllt waren. So ist denn auch in dem Jahrhundert, das 1701 beginnt, in allen Teilen unserer engeren Heimat, mochten sie nun kurfürstlich-hannoversch, fürstbischöflich-hildesheimisch oder gräflich-spiegelbergisch sein, eine allmähliche Erholung von den Folgen des Dreißigjährigen Krieges und ein deutlicher, wenn auch langsamer Aufstieg von Wirtschaft und Kultur festzustellen.

* * *

a) Durchreise fürstlicher Personen.

Der uralte Handelsweg zwischen dem unteren Rhein und der mittleren Elbe, der auf der Strecke Coppenbrügge—Hemmendorf—Oldendorf—Benstorf—Mehle—Poppenburg—Mahlerten—Seyersum unsere Heimat durchquerte, bekam für unsere Voreltern eine besondere Bedeutung, als der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, „der Große Kurfürst“, diese Straße zu jener berühmten brandenburgischen Poststraße machte, welche die Kurmark mit den neu erworbenen brandenburgischen Gebieten in Westfalen und am Niederrhein verbinden sollte. Nicht nur, daß die Bewohner der von dieser Poststraße berührten Dörfer und Flecken manches sahen und erlebten, was sie mit der weiteren Welt in nähere Verbindung brachte; sondern auch dadurch wurde diese Poststraße für unsere Heimat bedeutungsvoll, daß die Pflicht der Bauern, den landesfürstlichen Ämtern Vorspanndienste zu leisten, eine erhebliche Steigerung erfuhr. Jedemal, wenn fürstliche Personen auf dieser Straße reisten und die auf den Poststationen gehaltenen Pferde zur Weiterbeförderung der Reisewagen nicht ausreichten, wurden von den Ämtern Bauern zu Vorspanndiensten aufgeboten. Da es sich nicht selten um 50 und mehr Wagen handelte, die von einer bis zur andern Poststation mit Hunderten von Pferden fortgeschafft werden mußten, war der Vorspanndienst, trotzdem er nach Meilen- und Pferdezahl vergütet zu werden pflegte, für die Bauern eine schwere Last.

Im Herbst 1646 reiste der Große Kurfürst unter starkem militärischen Schutz von Cölln an der Spree in seine clevischen Lande. Am 11. Oktober erreichte er Hildesheim, am 13. Oktober setzte er den Weg fort bis Coppenbrügge; von dort ging es andern Tages weiter über Hameln nach Bielefeld zu¹⁾.

¹⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 11, Abschnitt 3; Nr. 52.

Im Spätherbst 1660 nahm der Große Kurfürst den gleichen Weg. Diesmal begleiteten ihn seine Gemahlin, 2 Prinzen, der Fürst Johann Georg von Anhalt und zahlreiche hohe Offiziere und Hofbeamte, zusammen etwa 630 Personen. Die eine der beiden Reiseabteilungen hatte 300, die andere 700 Pferde. Dazu kamen 200 Pferde der Leibgarde. Am 13. Dezember wurde die Wegstrecke von Hildesheim bis Coppenbrügge zurückgelegt. Wie 14 Jahre vordem, so hielt man auch diesmal wieder in Coppenbrügge das Nachtquartier. Die Bauern der berührten Ortschaften mußten Fleisch, Brot, Hafer und Broihan bereithalten, und das Landvolk mußte auf landesherrlichen Befehl „an den Orten, wo der Marsch hinging“, mit dem Gewehr in Reih und Glied stehen²⁾.

Im Oktober 1666 reiste der Große Kurfürst von seinen rheinischen Landen nach der Kurmark. In der Nacht zum 21. Oktober hielt der Fürst Johann Georg von Anhalt mit dem Vortrupp von 94 Personen und 120 Pferden in Gronau Nachtquartier; der Fürst wohnte auf dem Rathause daselbst. Wenige Tage später folgten die übrigen Reiseabteilungen; mit der letzten kam der Kurfürst selbst in Gronau an³⁾.

Im Juni 1681 erfolgte eine Durchreise des Großen Kurfürsten mit seinem Hofstaat von Berlin nach Pyrmont, wo die Kurfürstin „den Sauerbrunnen gebrauchen“ wollte. Die Begleitung bestand diesmal aus 130 Personen mit über 150 Pferden und den nötigen Wagen. Die Schutztruppe von 700 Dragonern führte der Feldmarschall Derfflinger. Da Gronau vor kurzem grotenteils abgebrannt war, konnte das Nachtquartier diesmal dort nicht genommen werden. Am Montag, dem 23. Juni, gegen Mittag, traf der Kurfürst von Bodenem her in Sibbesse ein; von dort ging es nach kurzer Mittagsrast ohne Aufenthalt weiter bis Hemmendorf. Hier ließ ihm der Kurfürst von Köln als Landesherr des Stifts Hildesheim rheinischen Wein und 6 Fuder Hafer zum Geschenk übergeben. Dafür trank der Brandenburger bei der Tafel auf die Gesundheit des Kölners. Dienstag früh ging die Reise von Hemmendorf weiter nach Lügde⁴⁾.

Im August 1697 übernachtete der russische Zar Peter der Große auf dem Schlosse in Coppenbrügge. Er befand sich damals auf seiner berühmten Studienreise nach Holland und England. 20 Jahre später kam Peter der Große abermals durch unsere Heimat;

²⁾ St.-A. Hildesheim: Akte LVIII, 17. — Ha.: Hildesheim 1; Teil 11, Abschnitt 3; Nr. 52 und 53.

³⁾ Quelle wie bei Anmerkung 1.

⁴⁾ Ebenda.

diesmal reiste er heimwärts. In seiner Begleitung befanden sich seine Gemahlin und ein ansehnliches Gefolge. Auf den Poststationen Hohnsen und Mehle waren je 50 Vorspannpferde erforderlich. Beim Umspannen gab es viel Verdruß; denn die Bauern waren verärgert durch tagelanges vergebliches Warten, und die russischen Trabanten waren unverschämt und meist betrunken. Da ist es nicht zu verwundern, daß es auf der Poststation in Hohnsen zwischen den Russen und den Bauern zu einer bösen Schlägerei kam⁹⁾.

* * *

1711, um die Mitte des August, logierte Friedrich I., der erste König von Preußen, auf der Poppenburg. „Die 12 königlichen Pferde“ standen während der Nacht im Zollhause an der Leinebrücke daselbst. Die Reise ging am andern Tage weiter über Coppenbrügge den Rheinlanden zu⁹⁾.

Im Sommer 1726 reiste König Friedrich Wilhelm I. von Preußen, „der Soldatenkönig“, in Begleitung des Kronprinzen und einiger hoher Offiziere in die clevischen Lande. Auf jeder Poststation waren 74 Vorspann- und Reitpferde erforderlich. Am 10. Juli, morgens 10 Uhr, kam der König von Mahler ten her in Mehle an. Dort speiste er mit dem Kronprinzen zu Mittag; inzwischen kam seine Begleitung an. Nach dem Essen „setzten der König und die übrigen ihre Reise in hohem Vergnügen fort“. Mehle stellte damals 39 Pferde, Nordstemmen 14, Burgstemmen 7, Mahler ten 7 und Heyersum 7 Pferde. Für jedes Pferd wurden für den 2 Meilen-Weg bis Hohnsen sogleich aus der preußischen Kasse die üblichen 24 Groschen gezahlt. In Hohnsen standen alsdann wiederum 74 Pferde bereit. — Noch zu Ende des gleichen Monats erfolgte die Rückreise. Für den Wagen des Königs, worin auch der Kronprinz saß, sollten diesmal nachgenannte Bauern aus Barfelde die Vorspannpferde stellen: Andreas Koch 1 Pferd, Bartold Brunotte 2 Pferde, Bernd Wihmer 1 Pferd, August Alberti 1 Pferd, Lampe und Kößi 2 Pferde. Bernd Wihmer trat mit seinem Pferde befohlenermaßen an, war aber, als der königliche Wagen ankam, „ohne Geheiß und Vorwissen des Amtmanns heimlich erschappt“ (entwichen). „Für Ihre Majestät Pagen“ stellten die Reitpferde Cord Schweigen aus Rheden und Bütchhorn aus Wallenstedt. Sabenn, Wettberg, Henning Brunotte, Giesen, Heinrich Wolter, Hermann Wolter und Hüßig aus Wallenstedt, sowie Gerke aus Eime stellten je 1 Pferd „für die Chaise des Kronprinzen, worin der Herr Graf von

Zinkenstein mit drei andern Herren geessen hat“. Vor den Wagen des englischen Gesandten, des Herrn von Wallmoden, spannten u. a. Hans Bösen aus Banteln, Tobias Oppermann aus Eime und Bernd Michels aus Barfelde⁹⁾.

Auch im Sommer 1738 nahm der König Friedrich Wilhelm I. von Preußen in Begleitung des Kronprinzen den Weg nach seinen westlichen Provinzen durch unsere Heimat. Auf den Posthaltereien in Mahler ten, Mehle und Hemendorf mußten je 128 Pferde bereitstehen. Wie sonst bei preußischen Durchreisen erfolgte auch diesmal prompt die Bezahlung: für jedes Pferd pro Meile 12 Groschen, dazu für jede Station 9 Taler Wartegelb⁹⁾.

Zwei Jahre später, am 19. September 1740, standen in Coppenbrügge und Mehle je 58 ledige Pferde, ein Bauernwagen mit 4 Pferden und 4 gut gesattelte Reitpferde bereit für König Friedrich II. von Preußen, den großen König, der von seiner ersten Reise, die er als König in seine Rheinlande gemacht hatte, über Salzdahlum nach Berlin zurückkehrte. Am 17. September wurde dem Amtmann zu Coppenbrügge durch einen preußischen Kurier angezeigt, „daß Ihre Königlich-Preussische Majestät in Gefolg von 12 Prinzen und hohen Offizieren nachmittags 3 Uhr in Coppenbrügge anlangen und wenn Derselben das Quartier daselbst anständig sei, auch den folgenden Tag, als Ihrem schlimmen Fiebertag, dort verbleiben, sonst aber gleich nach Hildesheim gehen und das Fieber allda abwarten wolle.“ Der König ist den 18. September über „wegen des zugestoßenen Fiebers“ in Coppenbrügge verblieben. Am folgenden Tage hat er seine Reise fortgesetzt. Wie die fürstbischöflichen Räte zu Hildesheim ihrem Landesherrn „in tiefster Erniedrigung“ melden, fuhr der König 10 Uhr früh bereits durch Steuerwald bei Hildesheim⁹⁾.

Bei einer späteren Durchreise im Jahre 1751 wurde der König in Mehle seitens der fürstbischöflich-hildesheimischen Räte feierlichst begrüßt. Man lud ihn ein, „von dem völlig fertig stehenden refectement wenigstens etwas zu nehmen“. Der König war aber nicht zu bewegen, „aus Dero Wagen zu steigen“, sondern dankte „mit besonders gnädigster und freundlicher Miene“ und setzte „nach geschwinder Auswechslung der Pferde Dero weitere Reise nach Mahler ten zu in aller Eile fort“¹⁰⁾.

Als der König im Juni 1763 durch unsere Heimat in seine westlichen Provinzen reiste, hatte er soeben den Siebenjährigen Krieg sieg-

⁷⁾ Ebenda: Nr. 50.

⁸⁾ Ebenda: Nr. 50 und 52.

⁹⁾ Ebenda und Ha.: Hannover 19 d; I b; Nr. 35.

¹⁰⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 11, Abschnitt 3; Nr. 52.

⁹⁾ St. des HVN., Nr. 387. — Deister- u. Weserztg., Jg. 1921, Nr. 105 u. 137.

⁹⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 11, Abschnitt 3; Nr. 53.

reich beendet. Damals mußten auf jeder Station 162 Pferde bereit sein, dazu 12 Wagenpferde und 4 Reitpferde für den Herzog Ferdinand zu Braunschweig, der den König auf seiner Reise begleitete¹¹⁾).

1799, am 31. Mai, reiste die Königin von Preußen, „die edle Königin Luise“, von Minden her auf Elze zu und von Elze über Brüggen nach Kassel. Abends zuvor mußten auf jeder Poststation 32 Vorspannpferde zur Stelle sein. Den Bauern der Grafschaft Spiegelberg wurden durch den Amtsvogt Hölte im Auftrage des Amtmanns zu Coppenbrügge 10 Taler Strafe und militärische Abholung der Pferde angedroht, falls sie sich „mit ihren Pferden den 30. des Monats abends nicht ohnfehlbar in Hemmendorf, wo bereits die nötigen Anordnungen zu ihrer Unterkunft getroffen worden“ seien, einstellen würden¹²⁾).

b) Amtsbefehle, Verfügungen und Erlasse.

Trotzdem die fürstbischöfliche Landesregierung im Jahre 1730 den Gronauern die Abhaltung des üblichen Scheibenschießens untersagt hatte, wurde im Frühjahr 1731 von den Handwerksburschen und der jungen Bürgerschaft zu Gronau dennoch wiederum ein Freischießen auf der Ruhmash vorbereitet. Der bischöfliche Amtmann zu Gronau erstattete davon in Hildesheim pflichtgemäß Anzeige. Das im Jahr zuvor ergangene Verbot wurde daraufhin mit ernstlicher Strafandrohung wiederholt; es soll mit den Sammlungen und mit der Benennung der Offiziere sogleich eingehalten werden.

Nun bitten Rat und Bürgerschaft zu Gronau untertänigst um Rückgängigmachung des Verbots; die Vorbereitungen seien weit gediehen, und man habe bereits zur Verfertigung einer neuen Fahne und zur Beschaffung der Gewinste Geld gesammelt. Zudem sei es doch sehr dienlich, wenn solches Freischießen wie bislang jährlich gehalten werde; denn die Bürger übten sich dabei im Schießen und lernten auch, sich zu einem ordentlichen Aufzug für den Fall der Not oder auch bei Gelegenheit einer Parade zu formieren. Wenn die Gronauer Bürgerschaft vielleicht die Gnade haben sollte, ihren gnädigsten Landesherrn in ihrer Gegend zu sehen, würde sie ihm gern, gleich ihren Nachbarn, ihr *devoir*¹³⁾ untertänigst bezeigen, so etwa wie damals, als man Seine Durchlaucht den Fürstbischof Maximilian Heinrich bei seiner Ankunft im Stift (1652) mit fliegenden Fahnen vor dem Leintor empfangen und im Aufzuge in die Stadt geführt habe.

¹¹⁾ Ebenda: Nr. 49.

¹²⁾ Ebenda: Nr. 53 und Ha.: Hannover 19 d; I b; Nr. 35.

¹³⁾ Schuldigkeit, pflichtschulbige Ergebenheit.

Die Hildesheimer Landesregierung verharret jedoch bei dem Verbot. Eine Deputation der Gronauer Bürgerschaft erreicht schließlich, daß das Freischießen „für diesmal“ gegen Erlegung eines Reichstalers und unter der Verpflichtung, daß aller Streit und alles Unglück dabei vermieden werde und ein jeder scheid- und friedlich sich betrage, zwischen Gronau und Barfelde „in der sogenannten Despe“ abgehalten werden darf. Der Amtmann zu Gronau wird gleichzeitig von Hildesheim aus angewiesen, den zugesagten Reichstaler zu kassieren oder auch im Weigerungsfalle „mit Bescheidenheit zwangsweise“ betreiben zu lassen.

Die Gronauer hielten ihr Freischießen trotzdem wie seit alters auf der Ruhmash. Dafür wurden sie auf dem nächsten Landgericht, das der Landesherr in Gronau durch seine Beamten halten ließ, in 100 Gulden Strafe genommen¹⁴⁾.

* * *

Der Amtmann zu Lauenstein erließ im Jahre 1745 folgenden Amtsbefehl:

Es ist am Amte angezeigt, daß „das Flecken Salzhemmendorf“ zu einem abermaligen Scheibenschießen große Anstalten mache, Raketen und Narrenkleider verfertigen lasse, Musikanten bestelle, vieles Bier zum Verschwelgen aufzulegen gedanke und andere unnötige Kosten zu machen vorhabe, obgleich „der Bedruck“ der Salzhemmendorfer Bürger bei diesen geldlosen Zeiten notwendig wachsen muß. Da man aber von seiten des Amtes nicht verantworten kann, solche unnötigen Kosten und die daraus entstehenden Unordnungen zu dulden, und da solche Veranstaltungen der Willensmeinung der hohen Landesregierung in Hannover auch gar nicht gemäß sind, so wird dem Flecken Salzhemmendorf bei 50 Taler Strafe hiermit befohlen, das geplante Scheibenschießen zu unterlassen¹⁵⁾.

* * *

1797 berichtet der Amtmann zu Lauenstein an die landesfürstliche Regierung zu Hannover wegen des Freischießens zu Eime:

Wegen der bekannten Unglücksfälle ist zwar alles Schießen nach der Scheibe bei den sogenannten Freischießen im hiesigen Amte bereits seit mehreren Jahren verboten. Da nun aber die Jungmannschaft des Fleckens Eime glaubt, daß ein richtiges Bürgerfest, ohne einen bekränzten Besten Mann¹⁶⁾ dabei aufzuführen, gar nicht veranstaltet werden

¹⁴⁾ Ha.: Depos. 15; Akte Nr. 4 c.

¹⁵⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Lauenstein I; I, Fach 50; Nr. 1.

¹⁶⁾ Der Beste Mann = der „Schützenkönig“.

könne, wurde dem Flecken Eime vor etwa 4 oder 5 Jahren amtsseitig erlaubt, am Tage vor dem Aufzuge an einem dazu geeigneten Ort um den Kranz zu schießen.

Die Erlaubnis ist auch dies Jahr wieder, und zwar für Donnerstags, den 29. Juni, erteilt worden, doch unter Verpflichtung des Bürgermeisters, auf strenge Ordnung zu sehen. Würde „die junge Mannschaft des Fleckens Eime“ dabei die gehörige Vorsicht und eine gute Ordnung ermangeln lassen oder „sich dem übermäßigen Geßöff ergeben oder sonstigen Unfug verrichten“, würde sie dergleichen Vergünstigung für die Zukunft gänzlich verlustig sein¹⁷⁾.

* * *

Amtsverfügung aus dem Jahre 1770.

Nachdem man bei hiesigem Amte (Lauenstein) mißfällig erfahren hat, daß auf den Kellern und in den Kriegen durch ein liederliches Geßöff bis in die späte Nacht gar viel Unordnung vorgeht und daß sogar an den Sonn- und Feiertagen allerhand Unfug betrieben werde, so wird den Amtsvögten hiermit aufgegeben, auf die Durchführung folgender Bestimmungen zu achten:

Die Polizeistunde wird für Sonnabend auf 8 Uhr, sonst auf 9 Uhr abends festgesetzt. Während des Gottesdienstes soll der Wirt bei Strafe von 2 Talern keine Gäste bei sich dulden. Gehen die Gäste bei Aufforderung des Wirtes nicht sofort mit dem Glockenschlage, so soll der Wirt folgenden Tages Anzeige erstatten. Ungehorsame Gäste zahlen 24 Groschen Strafe; davon gebührt dem Denunzianten der dritte Teil. Sollte ein Gast durch liederliches Geßöff noch Unfug anrichten, so soll er, wenn es am Sonn- oder Feiertage geschieht, als ein Sabbathschänder angesehen und mit empfindlicher Leibesstrafe belegt werden¹⁸⁾.

* * *

Der Bürger und Salzfahrer Cord Heinrich Albrecht zu Salzhemendorf will im Herbst 1784 Hochzeit halten. Es werden dazu 24—30 Paare geladen. Kurz vor der Hochzeit erläßt der Amtmann zu Lauenstein einen Amtsbefehl, worin er unter Androhung von 20 Talern Strafe die bislang üblichen großen Hochzeiten untersagt. Nun bitten der Bräutigam und der Brautvater bei der landesherrlichen Regierung in Hannover untertänigst um die Erlaubnis, ausnahmsweise die Hochzeit noch mit 24—30 Paaren feiern zu dürfen, da bereits alle Vorkehrungen dafür getroffen seien.

¹⁷⁾ Quelle wie bei Anmerkung 15.

¹⁸⁾ Ebenda.

Der Amtmann zu Lauenstein wird daraufhin von der Landesregierung zum schriftlichen Bericht in dieser Sache aufgefordert. In diesem Bericht heißt es: Die Bürger der 6 Flecken sind die ärmsten Einwohner des mir anvertrauten Amtes Lauenstein. Die Ursache ihrer Armut sind ihr Wohlleben, gut Essen und Trinken und commode Tage¹⁹⁾. Will man sie vor weiterer Verarmung bewahren, muß man ihnen die Gelegenheit zu solchem Wohlleben nehmen. Die großen Hochzeiten gereichen ihnen deswegen zum großen ruin²⁰⁾ weil sie

1. aus bürgerlichem Ehrgeiz sich durch große Geschenke den Bauern gegenüber hervortun wollen;
2. weil Mann, Frau und große Töchter beim Hochzeitsmahl nicht gern ohne neue Kleider erscheinen wollen;
3. weil jeder den Spielleuten gegenüber möglichst freigebig sein will; haben die Musikanten doch kürzlich bei der Hochzeit des Sohnes des Rats Herrn Albrecht in Salzhemendorf über 100 Taler gezogen, wovon die Gemeinde für vier Monate ihre Abgaben hätte bestreiten können!
4. Es wächst der Bürgerschaft durch die großen Hochzeiten auch das Übel zu, daß sie bei der zweitägigen Traktierung²¹⁾ zur delikaten Junge sich gewöhnen.
5. Die Bürger kommen nicht allein die Hochzeitstage über von der Arbeit ab, sondern da ihnen nach der Hochzeit der Kopf wehe tut, wird die Handarbeit die ganze Woche unterlassen.

Da Cord Albrecht bis zu seinem nahe bevorstehenden Hochzeitstage auf sein Gesuch keine Antwort erhalten hatte, hielt er seine Hochzeit trotz des ergangenen Amtsbefehls in der geplanten Weise. Sein Vater wurde dafür auf dem nächsten Landgericht vom Amtmann zu Lauenstein in 20 Taler Strafe genommen²²⁾.

* * *

Die große französische Revolution, die im Sommer 1789 in Paris zum Ausbruch gekommen war, schlug ihre Wellen auch in unsere Heimat.

Am 30. Mai 1792 erging an alle Ämter des Kurfürstentums Hannover ein Schreiben, in dem es heißt: Es wird immer mehr durch zuverlässige Nachrichten bestätigt, daß von Frankreich aus beabsichtigt wird, auch in hiesigen Gegenden durch Aufwiegler und gefährliche Schriften den Geist der Unruhe, der Unordnung und der Autoritäts-

¹⁹⁾ Faulheit.

²⁰⁾ Verderben.

²¹⁾ Bewirtung.

²²⁾ Quelle wie bei Anmerkung 15.

verneinung zu verbreiten. Die Amtsbedienten haben hierauf ohne Erregung einiges Aufsehens genau zu vigilieren²³⁾. Verdächtige Personen sind zu arretieren²⁴⁾. Über die beobachteten Vorkommnisse ist sofort ausführlich zu berichten.

Am 8. Nov. desselben Jahres wird den Beamten zur Pflicht gemacht, auf fremde durchreisende Personen zu achten, die weiße und bunte Kofarden tragen. Es wird allen Fremden und Einheimischen das Tragen solcher Kofarden bei 10 Talern Strafe untersagt, „da dergleichen Abzeichen bloß unnötiges und schädliches Aufsehen erregen“. Das Verbot soll in allen Krügen und Wirtshäusern sofort angeschlagen werden.

Am 24. November 1792 ergeht von Hannover aus eine Verordnung gegen die Ausbreitung und Vertreibung anstößiger Zeitungen, periodischer Schriften und fliegender Blätter. Obgleich die Landesregierung „von der ganzen Denkungsart und von der bewährten Anhänglichkeit ihrer getreuen Untertanen versichert“ zu sein glaubt, hält sie es doch für zweckmäßig, zu befehlen, daß Buchhandlungen, Buchdrucker und Kolporteur dergleichen Zeitungen, die in der bewußten böse gefinnten Absicht geschrieben sind, weder führen, noch annehmen, noch verabsorgen dürfen, daß sie vielmehr solche Schriften sogleich an die Obrigkeit abzuliefern haben. Zugleich wird den Postämtern und Postbedienten verboten, auf dergleichen Schriften Bestellungen anzunehmen und solche Zeitungen und Schriften zu besorgen.

Am 19. Dezember 1793 macht die Landesregierung auf die immer mehr zunehmende Anzahl der sogenannten Lesebibliotheken und Lesegeellschaften aufmerksam. Diese Institute müßten einer genauen Polizeiaufsicht unterworfen werden. Alle Personen, welche sogenannte Leih- oder Lesebibliotheken unterhalten, wie auch alle Unternehmer von sogenannten Lesegeellschaften sollen sofort ein vollständiges Verzeichnis aller und jeder in ihrer Bibliothek vorhandenen Bücher und Broschüren an die Ortspolizeibehörde einliefern, auch bei allen Neuanschaffungen jedesmal ein solches Verzeichnis einreichen. „Und soll derjenige, welcher solches versäumen oder ein Buch, das in dem eingereichten Verzeichnis nicht aufgeführt ist, ausleiht, zum erstenmal mit 10 Talern bestraft werden, zum zweitenmal aber mit dem Doppelten und mit dem gänzlichen Verbot der ferneren Bücherverleihung, und soll die Hälfte der zu erlegenden Strafgebeln dem Denunzianten zufallen.“ Allen Obrigkeiten wird befohlen, die in den Verzeichnissen nicht aufgeführten, sowie alle als gefährlich bekannte oder wohl gar verbotene Schriften sofort in Beschlag zu nehmen.

²³⁾ aufzupassen.

²⁴⁾ festzunehmen.

Über die Gesinnung der Untertanen berichtet der Amtmann zu Coppenbrügge am 11. August 1794 ganz untertänig: Die braven Einwohner der hiesigen Grafschaft Spiegelberg sehnen sich nicht nach der französischen Freiheit und Gleichheit. Sie fühlen sich vielmehr in ihren bisherigen Verhältnissen gegen ihre gnädigste Landesherrschaft so glücklich, daß das ganze Publikum den gegen die Franzosen stehenden Armeen Waffenglück und einen baldigen Frieden ebenso einmütig als laut wünscht.

In dem entsprechenden Bericht des Amtmanns zu Lauenstein heißt es: Die Untertanen in hiesigem Amt verhalten sich, wie wir es ihnen zum Ruhm nachsagen müssen, jetzt ganz ruhig. Ihre Gesinnungen sind im ganzen gut; sie zeugen von Liebe und Treue gegen ihren König, den besten Landesvater, und von Vertrauen und Ergebenheit gegen die angeordnete hohe Regierung und die ihnen vorgesetzte Obrigkeit. Zwar machen sie sich noch immer die angenehme Hoffnung auf Abstellung des Vizents [einer Verbrauchssteuer!], besonders von Brotkorn und Fleisch, doch tragen sie diesen Wunsch still unter sich, ohne sich dieshalb auf eine unbescheidene und aufrührerische Art zu äußern. Es läuft auch wohl zuweilen ein Gespräch mit unter von stärkerer Heranziehung der begüterten Abligen zu den Abgaben. Sobald es — so sagen sie — fürs Vaterland gilt und dieses in Gefahr kommen sollte, seien sie entschlossen, zu dessen Verteidigung mit Mut und Kraft beizutragen.

Freiheitschwindel bemerkt man nicht unter ihnen; vielmehr scheinen sie die französischen Grundsätze zu verabscheuen, seitdem sie wohl einsehen, wie gefährlich und nachteilig solche ihnen werden können. Über den weiteren Verlauf in Frankreich sind sie sehr in Sorge, da sie fürchten, die Franzosen könnten ins Vaterland eindringen, so daß ihr Hab und Gut dabei in Gefahr käme. Auch ein kürzliches Gerücht von einer nochmaligen Rekrutenaushebung machte sie sehr besorgt. Es steht zu befürchten, daß, wenn eine solche Aushebung Tatsache werden sollte, sie so ganz ruhig dabei nicht bleiben würden²⁵⁾.

c) Streit um Grenzen und Rechte.

Obwohl nach alter Überlieferung die nordöstliche Grenze des Amtes Lauenstein von der Leine und der unteren Saale gebildet wurde, so daß also das Nordtal [in älteren Akten Ordal oder auch Nor-dahl genannt²⁶⁾] ganz in Lauensteinischer Hoheit lag, machte das

²⁵⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Lauenstein II; Fack 204, Nr. 11. — Ha.: Depos. 15; Akte Nr. 44. — Ha.: Hannover 19 d, I b, Nr. 63.

²⁶⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 8, Abschnitt 6; Nr. 76. — Hofakten: Tidau in Quanthof. Eheverschreibung vom Jahre 1817 („Wiese in Ordale“).

Amt Poppenburg doch immer wieder landesherrliche Rechte im Nordtal geltend. Im Jahre 1715 wurde auf dem strittigen Gebiet eine Frauenleiche aus der Leine gezogen. Der Amtmann zu Poppenburg ließ „das ertrunkene Frauensmensch“ alsbald wegfahren und auf unbestritten poppenburgischem Gebiet begraben. In Wiedervergeltung des Übergriffs ließ der Amtmann zu Lauenstein dem Bürgermeister Meyer zu Elze Heu in der strittigen Gegend „mit gewaltsamer Hand“ wegnehmen und nach Sehlde fahren²⁷⁾.

* * *

Im Oktober 1751 geriet der Saalmüller Heinrich Wilhelm Carl mit seiner Frau in Streit, wobei diese ihm die Scherbe von einem Krug an den Kopf warf. Wenige Wochen später starb der Müller; angeblich sollte die Kopfverletzung seinen Tod verursacht haben. Der Amtmann zu Lauenstein ließ die Müllerin sogleich „mit starker Mannschaft“ nach Hemmendorf zur gerichtlichen Untersuchung abholen, während er die Leiche ihres Mannes gleichzeitig nach Sehlde bringen läßt, um sie dort sezieren zu lassen. Der Amtmann zu Poppenburg protestiert gegen die Übergriffe, denn die Saalemühle gehöre seit alters zum Amt Poppenburg. Der Amtmann zu Lauenstein muß die Verhaftete alsbald wieder freilassen, da der Tod ihres Mannes auf Grund der Untersuchung ihr nicht zur Last gelegt werden kann. Kaum ist die Müllerin in der Saalemühle wieder eingetroffen, fragt der Amtmann zu Poppenburg bei seiner Landesregierung in Hildesheim an, „ob selbige ikt in Poppenburg gefangen gesetzt werden solle.“ Zugleich kann er triumphierend melden, daß auch der tote Körper inzwischen „in die Mühle restituiert²⁸⁾ worden“ sei und daß man ihn bereits in Mehle begraben habe²⁹⁾.

* * *

Ähnliche Streitigkeiten um Grenzen und Rechte in früheren Jahrhunderten sind der Inhalt von zahlreichen Aktenstücken. Nicht selten wurden Leichen, die man an strittigen Orten aufhob, begraben, gewaltsam wieder ausgegraben und von der Gegenpartei an anderm Ort aufs neue bestattet³⁰⁾.

²⁷⁾ St.-A. Hildesheim: Kartensammlung, Nr. 195.

²⁸⁾ zurück gebracht.

²⁹⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 8, Abschnitt 6; Nr. 37.

³⁰⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Lauenstein II; Fack 208, Nr. 2.

d) Die Schatzgräber.

Der ehemalige Küster Mügge zu Mehle — jetzt königlich preussischer Posthalter daselbst — ist vor Jahren mit einem Unbekannten über die Sehlde nach Limmer (bei Alfeld) gegangen. Der Fremde sagte damals, indem er plötzlich stehenblieb und auf den Erdboden zeigte: „Da stehet auch was; es wäre manchem damit wohl gedient“. Diese geheimnisvollen Worte des Unbekannten haben dem alten Küster keine Ruhe gelassen. Nach Jahren noch beschäftigt ihn der Gedanke, wie er den vermeintlichen Schatz in den Sehlde Wiesen heben könne.

Schließlich kommt er zu dem Entschluß, nach dem Schatz zu graben. Dazu bedarf es mancherlei Vorbereitungen. Zunächst zieht er den Müllerknecht Sorries aus Hemmendorf ins Vertrauen; dieser spricht mit anderen darüber, wie der Schatz zu heben sei, insbesondere mit dem Müller Hübsch aus Lauenstein, dem Schuhflüder Ruhmallein, dem Schneider Bade und dem Müller Brüning aus Hemmendorf. Das Ergebnis der Beratungen ist der Entschluß, sich von den Dominikanern zu Gronau zauberbannende Mittel zu besorgen. Sorries macht sich mit mehreren der Genannten auf den Weg nach Gronau zu dem Pater Matthias. Man offenbart diesem das Vorhaben, mit dem Hinzufügen, der bewußte Schatz solle an seinem Ort von einem General in Kriegszeiten vergraben worden sein. Der Pater gibt ihnen Weihwasser, geweihtes Rauchpulver, ein weißes gesegnetes Licht und „etwas Heiligtum“. Mit diesen geweihten Dingen sollen sie den Kreis, wo der Schatz ruht, besprengen und beräuchern; das übriggeliebende Weihwasser sollen sie „eintrinken“. Für alles zahlen sie dem Pater einen guten Groschen.

Der Küster Mügge hält es alsdann für nötig, zur Hebung des Schatzes den Scharfrichter Dietrich Forster aus Stadtholndorf, „der sich auf solcherlei Sachen verstehe“, herbeizuholen. Wenige Tage später machen sich zwei der Eingeweihten auf die Reise. Sie reden auf den Scharfrichter ein, es handele sich um viele tausend Taler, man brauche ihn lediglich dazu, um am Ort, wo der Schatz stehe, die bösen Geister zu vertreiben, und übrigens sei das Schatzgraben im Hannoverschen nicht verboten. Der Scharfrichter erklärt sich schließlich bereit; er nimmt „ein Wachslicht, so mit geweihtem Wasser durchmischet“, ein Glas mit Weihwasser, etwas Heiligtum und mehrere Zettel mit allerhand Ziffern und hebräischen Schriftzeichen an sich und geht mit ihnen nach Lauenstein.

Am 3. Dezember 1732 nach Anbruch der Dunkelheit versammeln sich alle Eingeweihten heimlich in Mehle in des Küsters Behausung.

Der Rüster hat Schaufeln besorgt, und ein Stoß, in dem ein Stilett²¹⁾ verborgen ist, mit welchem man Beschwörungszettel in die Erde stoßen will, ist auch zur Hand.

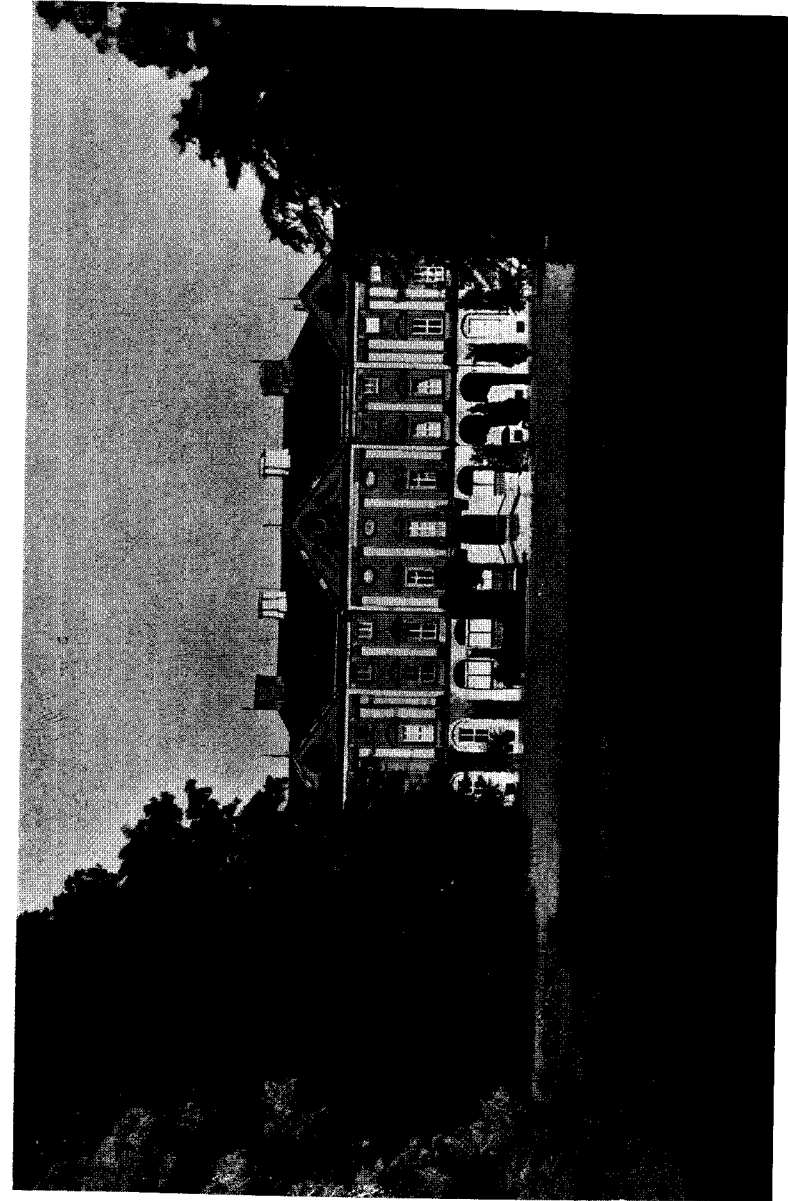
Vor Mitternacht kann man nichts ausrichten; deshalb sitzt man erst mehrere Stunden lang in des Rüstlers Wohnung beim Glase Branntwein. Der Rüster weiß sich vor freudiger Erregung kaum zu lassen; er hantiert vor seinen Gästen mit einer Wünschelrute („Wider-rute“) und glaubt, aus den Bewegungen der Rute ersehen zu können, daß vier böse Geister am Ort des Schatzes seien. Der Scharfrichter kommt auf Grund seiner Wissenschaft, die er von der Sache hat, zum Erstaunen der anderen zu dem gleichen Ergebnis!

Ehe aber der Abmarsch nach den Sehlder Wiesen erfolgt, haben die Mehler Einwohner den Amtmann von Poppenburg benachrichtigt, daß es in dem Hause des Rüstlers nicht geheuer zuginge und daß „Gefahr im Verzuge“ sei. Der Amtmann und der Amtsschreiber steigen sogleich zu Pferde; bald darauf werden die Schatzgräber im Hause des Rüstlers mit Hilfe der Mehler Bauern verhaftet. Um Mitternacht befinden sich die Verhafteten bereits auf dem Transport nach Poppenburg. Man hat sie an Händen und Füßen geschlossen. Beim Amt Poppenburg werden sie einzeln von je zwei Wachtposten in Gewahrsam gehalten.

Früh am Morgen beginnt das Verhör. Mehrere beteuern immer wieder, sie seien verführt worden, es sei niemals ihre Absicht gewesen, Böses zu tun. Einer sagt, er sei „mitgelaufen, wie der Wirt von Bielefeld“. Auch die Frau und der 13jährige Sohn des Rüstlers werden verhört; ihre Aussagen ergeben, daß sie mit der Schatzgräberei nicht das geringste zu tun hatten. Mager wie das Verhörprotokoll ist auch das Ergebnis der Haussuchung beim Rüster. Man findet trotz allen Bemühens nichts als einen im Bettstroh versteckten Strumpf mit 14 Talern darin. Der übereifrige Amtmann muß seine Vermutung, durch sein energisches Zutun die Ausführung irgend eines gemeingefährlichen Anschlages verhindert zu haben, schließlich als irrig erkennen. Seine Enttäuschung verrät deutlich die Kostenrechnung, die er den Verhafteten schreiben läßt; denn es erscheinen in dieser Rechnung Posten wie „für Unruhe und übrigen gehabten Verdruß“ oder „Kälte und Lebensgefahr bei der Verhaftung“. Da ist es nicht zu verwundern, daß sich die Endsumme dieser Kostenrechnung, zu deren Bezahlung die Verhafteten sich verpflichten müssen, auf 121 Taler 13 Groschen und 4 Pfennig stellt.

Aber der Amtmann hat für Sicherheit der Zahlung längst Vor-sorge getroffen; denn noch als die Schatzgräber in Kerterhaft saßen,

²¹⁾ kleiner Dolch.

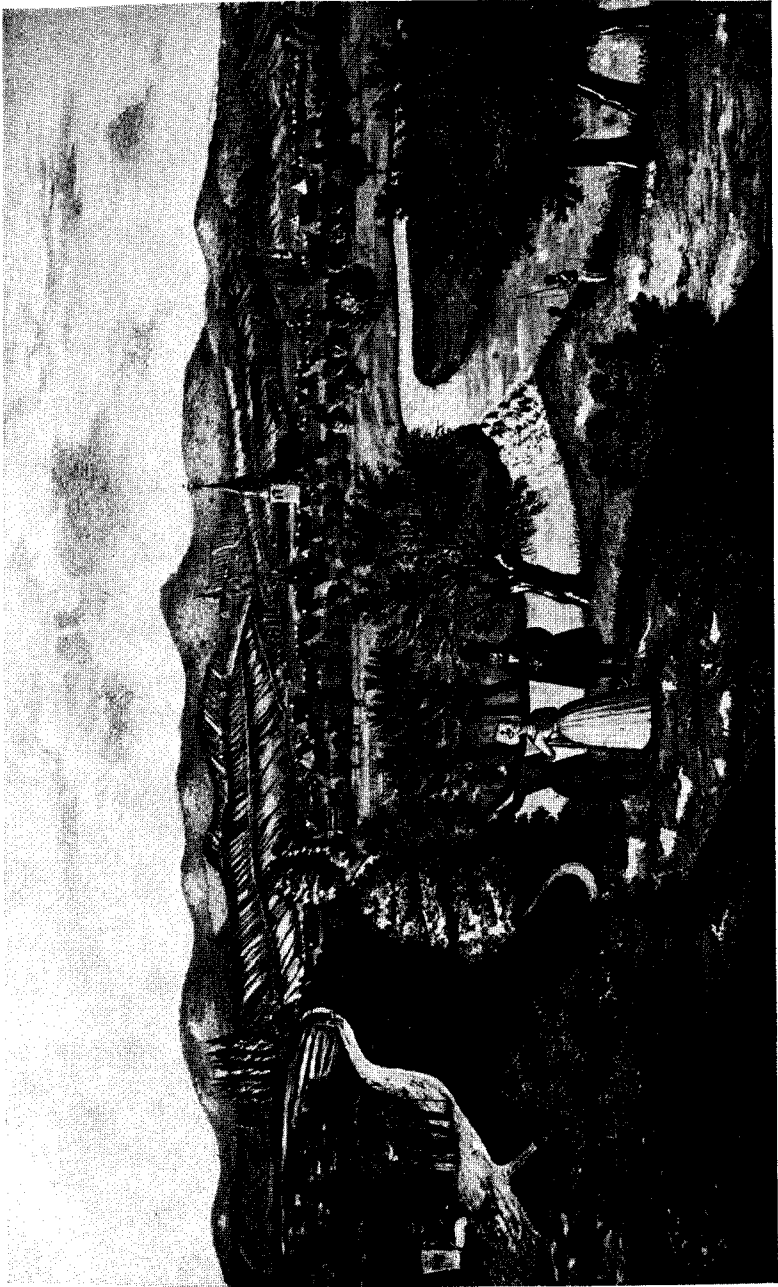


phot. Albrecht, Northheim.

Schloß Brüggen.

Nach einem Stich von G. Bauer.

Gronau um 1840.



hat er aus dem Hause des Küsters 35 Himten Roggen, ein fettes Schwein und eine Kuh als Pfand in das Amtshaus nach Poppenburg holen lassen. Neben diesem Pfandgut sollen auch die im Bettstroh gefundenen 14 Taler zur Begleichung der Kostenrechnung dienen. Am 24. Dezember erfolgte die Freilassung der Gefangenen; ihre goldenen Träume waren elendiglich zerronnen³²⁾.

e) Aus Bittschriften.

Auch in diesem Jahrhundert wurden die Dörfer, Flecken und Städte unserer Heimat von mancherlei Unglück betroffen.

Raum, daß sich Gronau von der Brandkatastrophe des Jahres 1681 erholt hatte, da traf die Stadt ein neues Unglück, indem am 20. September 1701 „zwischen 4 und 5 Uhr morgens ein erschrecklicher Blitz und Donner Schlag“ an der Stadtkirche großen Schaden anrichtete. Nach dem Bericht des Rates wurden der Kirchturm und die kurz vorher reparierte Orgel „von zwei vermutlich niedergelassenen Donnerkeilen dermaßen zerschmettert“, daß die Wiederherstellung eine große Summe Geld erforderlich machte; das Geld war aber weder bei der Kirche noch bei der täglich mehr verarmenden Bürgerschaft vorhanden. — Weit schlimmer aber traf die Stadt das große Brandunglück vom 31. August 1703. Bei starkem Wind griff ein angeblich „durch Verwahrlosung eines in der Burgstraße wohnenden Nagelschmieds“ entstandener Brand³³⁾ so schnell um sich, daß in 4 Stunden die ganze Stadt bis auf 7 stark beschädigte Häuser in Asche lag. Da infolge der Feuersbrunst ein Stadttor einstürzte, konnten die benachbarten Ortschaften nicht die geringste Hilfe leisten. „Das Elend der vielen abgebrannten, teils auf die benachbarten Dörfer geflüchteten, teils in die Keller und Gewölbe sich gegen den rauhen Winter verkriechenden Leute steht nicht zu beschreiben“ — heißt es in dem Schreiben, das der Rat zwecks Sammlung milder Gaben an die Nachbarstädte versendet³⁴⁾.

Auch Elze litt noch unter den Folgen eines früheren Brandes (1692), als die Stadt durch neue Brände heimgesucht wurde. 1706 verbrannte nur eine größere Anzahl Häuser und Scheunen; aber am 5. Juni 1708, 10 Uhr abends, wurde durch Brandstiftung das ganze Häuserviertel am Markt in Asche gelegt; dabei „kamen auch einige Menschen miserabel ums Leben.“³⁵⁾

³²⁾ Ha.: Hildesheim 1; Teil 8, Abschnitt 6; Nr. 125.

³³⁾ Er hatte das Feuer nicht verwahrt.

³⁴⁾ Ha.: Depos. 15, Akte Nr. 3. — St.-A. Hildesheim: Akte XXXIII, 1.

³⁵⁾ St.-A. Hildesheim: Akte XXXIII, 1.

Im Januar 1707 hat Hemmendorf die Nachbargemeinden weit und breit um Abkündigung einer Beckenkollekte, unter der Begründung, der grausame Sturmwind habe vor einigen Jahren Hemmendorf durch Ruinierung der Häuser besonders hart betroffen; zudem sei damals der schöne Turm samt Kirche herunter geworfen und ganz verwüstet worden³⁶⁾.

1714, am 13. Juli, entstand in Betheln durch Blitzschlag eine Feuersbrunst. Der größte Teil des Dorfes samt Pfarre und Schule wurde in Asche gelegt; auch der Kirchturm brannte herunter; viele der Hopfenberge und Obstgärten wurden versengt. Dazu hatte vorher eine zweijährige harte Einquartierung dem Dorfe große Lasten auferlegt. Nun bittet der Ortspfarrrer wegen des „totalen Ruins“ um Sammlung milder Gaben³⁷⁾.

Am 21. Oktober 1730 wurden in Lauenstein bei starkem Ostwind binnen einer halben Stunde 80 Bürgerhäuser, das Rathaus, der Ratskeller, das Brauhaus, die Pfarre und die Schule durch Feuer vernichtet. Die meisten Bürger konnten „nichts als das bloße Leben“ retten³⁸⁾.

1734 wurde Elze wiederum von einer Feuersbrunst heimgesucht. Am 10. Januar, einem Sonntag, brannten in der Abendzeit 19 Wohnhäuser, 28 Scheunen und 34 Stallgebäude völlig nieder. Mehrere der betroffenen Bürger, die auch bei den Bränden von 1692, 1706 und 1708 ihre Habe verloren hatten, standen jetzt zum vierten Male vor rauchenden Trümmern³⁹⁾.

1737 bat der Pastor zu Sibbesse beim Rat der Stadt Hildesheim um einen Zuschuß für den in seiner Gemeinde begonnenen Kirchturm- und Turmbau. 1742 erging an Hildesheim ein Unterstützungsgesuch von Pfarrer und Gemeinde zu Burgstemen. Die Glocke sei im letzten Sommer 1741 geborsten, und der Altar drohe einzufallen. Leider sei kein Geld da, um die Schäden auszubessern. Im gleichen Jahre bittet Barfeld um einen Zuschuß zur Tilgung der durch den Kirchenneubau entstandenen Schulden. Man habe vor Jahren Cord Papen bereits als Kollektanten ausgesandt. Dieser sei aber „mit Briesschaften und allem verloren gegangen.“ Da man nun 2 Jahre lang keine Nachricht von ihm habe, müsse man annehmen, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei⁴⁰⁾.

³⁶⁾ Ebenda.

³⁷⁾ Ebenda.

³⁸⁾ Ebenda.

³⁹⁾ Ebenda.

⁴⁰⁾ Ebenda.

In den Jahren 1742 und 1743 wurden die Bürger zu Elze durch eine Brandepidemie in steter Aufregung gehalten. Vom März 1742 bis 1. Juli 1743 brennt es in der Stadt nicht weniger als siebenmal. Längst hat der Rat die Bürgerschaft zu besonderen Nachtwachen aufgerufen und die strengsten Maßnahmen zur Verhütung weiterer Brände getroffen; dennoch will der oft gehörte Schreckensruf „Feuer!“ nicht verstummen. Die Bürger sind so erregt, daß sie nachts bei dem ersten Ruf „Feuer!“ „mit bloßem Hemd“ aus allen Türen auf die Gasse laufen und dort erst Hose und Kleiderrock anziehen. Man munkelt in der Bürgerschaft allerlei von Brandstiftung, denn drei Brände gingen von dem Besitztum des Ademanns Sander aus. Doch alle daraufhin angestellten Untersuchungen bleiben ohne Ergebnis. Der größte Brand war am 6. März 1743. Damals sanken 80 Wohnhäuser, 38 Scheunen, 68 Stallgebäude, der adelige Hof, das Brauhaus, die Oberpfarre und der Kirchturm in Asche. Sämtliche vier Glocken zerschmolzen, und das Kirchenschiff wurde so beschädigt, daß die Gottesdienste im Rathause gehalten werden mußten. Die Stadt Hildesheim schickte sogleich je zwei Fuder Brot und Bier an die Unglücksstätte, und am 4. Mai wurden dem Rat zu Elze aus einer Sammlung in der Hildesheimer Bürgerschaft 350 Taler überreicht⁴¹⁾.

Am 28. Oktober 1758 stand Gronau in Flammen. 148 Häuser — das waren drei Viertel der Stadt — brannten nieder. Fünf Personen fanden in den Flammen den Tod; darunter waren 2 kleine Kinder. Das Feuer kam auf durch die Unvorsichtigkeit eines Bäckers beim Flachstrochnen. Das veranlaßte die landesfürstliche Regierung zu Hildesheim zu strengen Vorschriften. Bis spätestens Oktober 1759 mußten bei 20 Taler Strafe alle Strohdächer abgeworfen, alle unächtigen Schornsteine ohne Rücksicht eingeschlagen und alle unbrauchbaren Brandmauern eingerissen sein. Ein gezäunter oder ein nur bis auf den Boden geführter Schornstein sollten nicht mehr geduldet werden. Scheunen durfte man fortan nur außerhalb der Stadt oder dicht an der Ringmauer errichten. Flachsgarben in den Schlafkammern, wo man mit Licht umgehen müsse, zu verwahren, wurde streng verboten. Rauchfänge und Schornsteine sollten jährlich zwei- bis viermal gefegt werden. Alle Anlagen von Herden, Badöfen und Schornsteinen bedurften von nun an der Genehmigung durch Feuersachverständige. — Das Unglück wurde vergrößert durch eine Viehseuche, die in den Jahren 1757 und 1758 in unserer Heimat wütete, sodann auch durch die Last des seit 1756 währenden Siebenjährigen Krieges⁴²⁾.

⁴¹⁾ Ebenda. — St.-A. Hild.: Mus. Hf. 273. — Ha.: Hild. 1; Teil 18, Abschnitt 3; Nr. 26.

⁴²⁾ St.-A. Hildesheim: Akte XXXIII, 1. — Ha.: Depos. 15; Akte Nr. 3. — St.-A. Hildesheim: Mus. Hf. 273.

Im Frühjahr 1763 fand der Siebenjährige Krieg sein Ende. Hatte dieser Krieg unsere Heimat auch nicht unmittelbar getroffen, so waren die Gegner doch mehrfach in großer Nähe aneinander geraten. (Schlacht bei Hastenbeck 1757!) Geldzahlungen an die Franzosen und Getreidelieferungen an die braunschweigisch-preussischen Truppen ließen neben mehrfacher Einquartierung unsere Voreltern mit Angst und Sorge an die Zeit des dreißigjährigen Krieges gemahnen. So klagte noch 1767 die Gemeinde Burgstemmen, daß sie in den letzten Kriegszeiten sehr gelitten habe; preussische Freischärler hätten in der Dorfkirche eine Anzahl Gefangene in Verwahrung gehabt, wodurch das Gotteshaus „verderbt und ruiniert“ worden sei⁴³⁾. Die Gemeinden Nienstedt, Eikum und Hönze waren nach einem Bittschreiben vom Jahre 1770 „durch den leidigen Krieg so völlig erschöpft“, daß sie die Pfarrkirche zu Nienstedt, die seit 30 Jahren baufällig war und nun wegen Einsturzgefahr „gänzlich verlassen werden“ mußte, mit eigenen Mitteln nicht neu erbauen konnten⁴⁴⁾. Darum war das Friedensgeläut von 1763 auch unserer Heimat eine frohe Botschaft. Für die Stadt Elze verknüpfte sich mit dem für den Sonntag Kantate 1763 angelegten Friedensfest ein sonderbares Ereignis: Als der Küster daselbst am Tage zuvor (30. April) das Friedensfest einläuten wollte, wurde er am Glockenseil vom Blitz erschlagen⁴⁵⁾.

V. Im Zeitalter Napoleons und Bismarcks.

a) Franzosen im Land! 1803—1805.

Die bittere Feindschaft zwischen Napoleon und England wirkte sich auf unsere Heimat dadurch aus, daß Napoleon im Jahre 1803 das mit England in Personalunion verbundene Kurfürstentum Hannover militärisch besetzte. Unsere Heimat, die damals in ihrer westlichen Hälfte, nämlich mit dem Amt Lauenstein, wie seither zu Kurhannover, mit ihren Ämtern Gronau und Poppenburg seit 1802 zu Preußen gehörte, hat in ihrem hannoverschen Teil diese militärische Besetzung stark zu fühlen bekommen.

Im Frühjahr 1804 lagen im Amte Lauenstein Truppen vom 5. französischen Regiment reitender Jäger. Der in Hemmendorf einquartierte französische Kapitän Thomassin forderte von der dortigen

⁴³⁾ St.-A. Hildesheim: Akte XXXIII, 1. — Es ist zu beachten, daß der Kurfürst von Köln, der zugleich Bischof von Hildesheim war, zu Preußen feindlich stand!

⁴⁴⁾ St.-A. Hildesheim: Akte XXXIII, 1.

⁴⁵⁾ St.-A. Hildesheim: Mus. Hf. 273.

Gemeinde trotz der entgegenstehenden französischen Verpflegungsordnung unerhört viel an Furage und Beköstigung; daneben verlangte er, daß die Kosten der Gastereien, die er mit anderen Offizieren in seinem Quartier hielt, von den Einwohnern des Fleckens getragen würden. Dieser Kapitän war derselbe, der im Sommer des Vorjahres in Salzhemmendorf auf Kosten der dortigen Gemeinde in 25 Tagen 108 Flaschen Wein vertrunken hatte. Die Gemeinde Hemmendorf war zunächst bestrebt, alle Forderungen des Kapitäns zu erfüllen. Als dieser sich aber weigert, ordnungsmäßige Lieferungsquittungen auszustellen, sieht sich der Bürgermeister des Fleckens (Tiedau) genötigt, beim Amtmann zu Lauenstein Beschwerde zu erheben.

In seinem Ärger über diese Beschwerdeführung zitiert der Kapitän den Bürgermeister, „einen Mann von sehr festem Charakter“, in sein Quartier und droht, ihm 6 Mann zur Strafe ins Haus zu legen, falls er nochmals das Geringste gegen die von ihm ausgestellten Quittungen zu erinnern habe. Er, der Kapitän, habe hier im Flecken allein zu befehlen, und wenn die Strafeinquartierung nicht helfen würde, wolle er „den roten Hahn über Hemmendorf fliegen lassen“ und bei ihm, dem Bürgermeister, damit den Anfang machen.

Die Androhung der Strafeinquartierung wurde bei dem geraden Sinn des Bürgermeisters nachmals Tatsache. Leider fanden sich im Flecken auch Bürger, „die gut mit den Chasseurs fertig wurden“ und schließlich gegen den Bürgermeister wegen dessen Hartnäckigkeit den Franzosen gegenüber rebellierten, so daß sich der Bürgermeister schließlich genötigt sah, mit dem französischen Kapitän eine Verständigung zu suchen¹⁾.

* * *

Im Juli 1805 wurde in Banteln von einem französischen Furier für 80 französische reitende Jäger und 2 Offiziere Quartier angelagt. Da dem Bauermeister Fischer daselbst anbefohlen worden war, nur solche Truppen in Quartier zu nehmen, denen Banteln als Quartierort ausdrücklich zugewiesen sei, hielt er sich auch an diesen Befehl und verlangte von dem Furier die Vorlage der Marschordre. Darin stand nun von Banteln nichts, und deshalb verweigerte der Bauermeister die geforderten Quartiere.

Abends 7 Uhr sprengen die beiden angelagten französischen Offiziere (Kapitän Corbineau und Leutnant Augé) auf des Bauermeisters Hof, springen von den Pferden, stürmen in die Stube und versehen

¹⁾ Ha.: Hannover 49, XVI, 7; Nr. 341.

dem erschrocken Bauermeister sogleich mehrere Ohrfeigen, so daß diesem die Mütze vom Kopfe fliegt, rasseln mit den Säbeln und schimpfen in einem fort, ohne daß man ihre Worte versteht. Schließlich machen sie sich dahin verständlich, daß, wenn der Bauermeister nicht binnen einer Viertelstunde Furage zur Stelle schaffe, man „dergleichen schon selbst zu finden wisse“. Der französische Leutnant, „ein großer dicker Mann mit Gold- und Silberketten auf den Ärmeln“, schreit den völlig verschüchterten Bauermeister an: „Du Hund! Du Spitzbube!“ Dann packt er ihn vor die Brust und schüttelt ihn, daß ihm Hören und Sehen vergehen. Zwei Männer aus dem Dorfe, die soeben in des Bauermeisters Stube kommen, werden von dem tobenden Leutnant vor die Brust gepackt und wieder hinausgeworfen. Der anfangs in der Stube anwesende Schäferknecht hat sich längst in Sicherheit gebracht. Zitternd setzt sich der Bauermeister hin und schreibt die Quartierzettel; hinter ihm steht der Leutnant mit geballter Faust, vor ihm der Kapitän mit halb gezogenem Säbel.

Die Gemeinde Banteln mußte Hafer, Heu und Stroh liefern, daneben auch reichlich Branntwein, trotzdem den Quartierwirten nach der französischen Verpflegungsordnung verboten war, den französischen Soldaten Branntwein zu geben. Die beiden Offiziere bezogen Quartier beim Pfarrer. Der Kapitän stellte am andern Morgen zwar eine Quittung aus; diese wurde von den französischen Behörden jedoch nicht eingelöst, weil das genaue Datum und auch sonst notwendige Angaben darauf abgeschrieben fortgelassen waren. Auch war die Quittung insofern unrichtig, als statt der geforderten und gelieferten 80 Portionen nur für die tatsächlich einquartiert gewesenen 51 Mann quittiert worden war. Geringe aber mußte der Bauermeister trotz anfänglicher Weigerung eine Bescheinigung ausstellen, daß sie gute Mannes- zuht gehalten hätten.

In der Beschwerde des Lauensteiner Amtmanns wegen dieser Vorgänge heißt es, daß diese französische Abteilung vorhin in den Ortschaften Lauenstein, Salzhemmen-dorf, Hemmen-dorf, Oldendorf und Benstorf gelegen habe, und daß sich „die von ihr daselbst mißhandelten Amtsuntertanen ihrer noch schmerzlich erinnerten“²⁾.

b) Zur Zeit des Königreichs Westfalen. 1806—1813.

Als Preußen im Herbst 1805 das Kurfürstentum Hannover aus Napoleons Hand annahm, kam damit auch der westliche Teil unserer Heimat unter preußische Herrschaft. Aber bereits nach einem Jahr

wurden durch die Niederlage Preußens auf dem Schlachtfelde von Jena die landesherrlichen Verhältnisse in unseren Gauen völlig verändert; denn durch Dekret vom 23. Oktober 1806 nahm Napoleon alle preußischen Gebiete zwischen Rhein und Elbe in seinen Besitz, und im Juli 1807 vereinigte er den größten Teil des Landes zwischen Rhein und Elbe, Ems und Harz zum Königreich Westfalen, das er seinem damals 23jährigen jüngsten Bruder Jerome gab. Kassel wurde die Hauptstadt des neu geschaffenen Staates; doch wurde die Regierung des Königreichs mehr von Paris als von Kassel ausgeführt. Napoleon blieb es letzten Endes selbst, der Westfalen regierte. Er wollte der Welt mit dieser neuen Staatschöpfung das Beispiel eines von freiheitlichem Geist erfüllten, musterhaften, modernen Staates vor Augen stellen. Niemals vorher sind in unserer Heimat Verordnungen und Erlasse von so großer Tragweite und erfüllt mit solch starkem reformerischen Geist zur Durchführung gebracht worden, wie in den Jahren von 1806—1813.

Ohne Rücksichtnahme auf die bislang gültig gewesenen Grenzen wurde das westfälische Staatsgebiet nach französischer Weise eingeteilt in Departements, Distrikte, Kantone und Kommunen; eine Gliederung, die etwa der heutigen Einteilung in Provinzen, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden entspricht. Die ehemaligen hildesheimischen Ämter Gronau und Poppenburg rechneten zum Departement der Oker und darin zum Distrikt Hildesheim. Die Ortschaften um Gronau rechts der Leine wurden zu einem Kanton Gronau zusammengefaßt. Das Amt Lauenstein und die Grafschaft Spiegelberg — beide Gebiete bis 1810 zu Frankreich gehörig, dann dem Königreich Westfalen eingegliedert — gehörten zum Departement der Leine und zum Distrikt Rinteln. Coppenbrügge, Marienau und Dörpe zählten zum Kanton Münden; die übrigen Orte des Amtes Lauenstein bildeten den Kanton Hemmen-dorf. Der höchste Verwaltungsbeamte in diesem letztgenannten Kanton, der Kantons-„Maire“, war der Hofrat von Hammerstein zu Heinsen.

Von den zahlreichen Reformen der inneren Landesverwaltung, die im Königreich Westfalen auf Grund von Erlassen zur Durchführung kamen, griff die Einführung der französischen Gerichtsverfassung, wie sie in dem berühmten Gesetzbuch Napoleons, dem „Code civil“, ihre Regelung gefunden hatte, besonders tief in die altüberlieferten Verhältnisse in unserer engeren und weiteren Heimat ein. Die Meierdinge in Mahlferten, Elze, Eime und Poppenburg, sowie das Freierding in Gronau, die letzten Reste altfriesischer Eigengerichtbarkeit in unseren Gauen, fanden jetzt ihr Ende. An die Stelle des bei uns üblich gewordenen umständlichen schriftlichen Ge-

²⁾ Ha.: Hannover 49, XVI, 14; Nr. 67.

richtsverfahrens trat wieder wie ehemals die mündliche Verhandlung. Das Vertrauen in die Unparteilichkeit des Gerichts wurde wieder geweckt durch Einführung des öffentlichen Verfahrens und durch Einrichtung von Schwurgerichten. Die Eintragungen von Geburten, Trauungen, Tausen und Sterbefällen in die Kirchenbücher, die bislang von Seiten der Pfarrer freiwillig oder doch lediglich auf Anweisung der Kirchenbehörden erfolgten, wurden nunmehr durch Einführung der Zivilstandsregister amtsseitig vorgenommen. Im Wirtschaftsleben sollte Freiheit herrschen; deshalb wurden die bestehenden Ämter, Gilden und Zünfte aufgehoben. Die Bauern wurden von persönlicher Erbuntertänigkeit befreit; schon jetzt erhielten sie das Recht, die Last der Zehntpflicht in eine Geldrente umzuwandeln. Alle Zollgrenzen innerhalb des Königreichs fielen; die Freizügigkeit erlitt keine Beschränkung mehr. Das Kloster Escherde, das im Jahre 1803 der Säkularisation noch soeben entgangen war, verfiel der Aufhebung. Die Juden wurden in ihren Rechten und Pflichten den übrigen Staatsbürgern gleichgestellt; dabei wurde ihnen aufgegeben, fortan feste Familiennamen zu führen.

Viele der Reformen bedeuteten gegen frühere Zustände ohne Zweifel einen Fortschritt, und sie wurden als Fortschritt auch von vielen Seiten freudig begrüßt. Doch waren zwei Forderungen der königlich-westfälischen Regierung dazu angetan, den Untertanen diese Freude stark zu vergällen: Die hohen Steuern und die Stellung von 25 000 Mann westfälischer Truppen für die französische Militärmacht. Waren bei den im westfälischen Königreich aufgestellten Regimentern Verpflegung und Sold auch reichlich, war die Behandlung auch nicht schlecht, sogar milde, und konnten auch wohl die glänzenden Uniformen loden — die zahlreichen Fälle von Fahnenflucht und die zu beobachtende starke Auswanderung, die aus Furcht vor dem Militärdienst einsetzte, zeigen deutlich genug, daß der Dienst im westfälisch-französischen Heere unsern Vorfahren verhaßt war. Schließlich mußten die Aushebungen gewaltsam vorgenommen werden. So kämpften die Söhne unserer Heimat vielfach gezwungen unter den Fahnen Napoleons, und zu den traurigsten Dokumenten unserer Heimatgeschichte gehören jene Verlustlisten, die erschienen, als Napoleons Stern schon längst erloschen war, und die nun Kunde gaben von dem Schicksal der 1812 aus Rußland nicht zurückgekehrten Soldaten westfälischer Regimenter. Da las man in der ersten amtlich herausgegebenen Liste u. a.

Bode, Phil. Ludw., Pferdarzt, aus Eime. Beim Westfäl. reit. Artillerieregiment. Gefangen auf der Retirade 1812 bei Kaluga; gestorben im Hospital daselbst.

Horn, Joh. Fr. Rud., Soldat, aus Marienhagen. 3. Westf. Inf.-Rgt. Gefangen Oktober 1812 bei Moskwa; hat russ. Militärdienste genommen.

Boß, Joh. Fr., Soldat im 2. Westf. Inf.-Rgt., aus Esbeck. Gefangen auf der Retirade 1812; gestorben auf dem Marsche nach Pologk.

Grote, Joh. Fr. Christ., Soldat im 7. Westf. Inf.-Rgt., aus Weenzen; gefang. auf der Retirade 1812; gest. im Hospital zu Gsiagh.

Roch, Fr. Christ., Soldat im 8. Westf. Inf.-Rgt., aus Eberholzen; gefang. auf der Retirade 1812; weiter ins Innere von Rußland geschickt; derselbe ist seitdem verschollen.

Möller, Joh. Christ., Soldat im 1. Westf. Art.-Rgt., aus Eihum; gefangen auf der Retirade 1812; gest. im Hospital St. Trinitatis zu Wilna.

Schmedt, Joh. Fr. Contr., Soldat im 2. Westf. Kürassier-Rgt., aus Thüste; gefang. auf der Retirade 1812; hat russische Kavalleriedienste genommen.

Lühmann, Fr. Peter, Soldat im 127. franz. Inf.-Rgt., aus Oldendorf; gefangen auf der Retirade bei Dragobusch im November 1812; lebt im Gouvernement Saratow; will in sein Vaterland nicht zurück.

Krüger, Christ. Fr., Wilh., Musikus im 8. Westf. Inf.-Rgt., aus Stadt Elze; gefang. in der Bataille bei Krasnoi 1812; gest. im Hospital daselbst.

Von den herausgegebenen Verlustlisten liegen vier verschiedene Nummern bei den Akten; darin sind aus den Ortschaften unserer engeren Heimat mehr als 40 Gefallene und Verschollene festzustellen³⁾. Dabei ist zu bemerken, daß in diesen Listen nur diejenigen von den Vermissten verzeichnet sind, von denen man etwas berichten konnte, so daß man also die Verluste unserer Heimat im russischen Feldzuge 1812 noch weit höher beziffern muß.

Die Geldzahlungen und Naturallieferungen für Frankreich, die im Königreich Westfalen auf Befehl der kaiserlichen Regierung in Paris aufzubringen waren, wurden schier untragbar, als 1813 der Entscheidungskampf zwischen Napoleon und seinen Gegnern anhub. Die Ortschaften des Kantons Hemmendorf hatten Ende August 1813 für die französische Besatzung der Festung Magdeburg in das Sammelmagazin zu Hameln 440 Himten Weizen, 459 Himten Roggen und 2384 Himten Hafer zu liefern. Davon

³⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Lauenstein II; Jah. 189, Nr. 9.

entfielen auf die „Kommune“ Eime beispielsweise 36 + 38 + 197 Himten, auf die Kommune Oden sen 16 + 17 + 88 Himten, auf die Kommune Esbed 34 + 36 + 187 Himten. Die Kommune Deinsen lieferte nach dem Verzeichnis ihres derzeitigen „Maire“ Christian Hage 14 Himten Roggen, 13 Himten Weizen, 71 Himten Hafer, 1 Zentner Hülsenfrüchte, 5 Zentner Heu und 11 Zentner Stroh, im Gesamtwert von 88½ Taler. Dunsen zahlte gegen Befreiung von der Lieferung durch seinen Maire Hoyer 9 Taler 16 Groschen 6 Pfennig. Diese große Lieferung nach Hameln war nur ein Teil der geforderten „Fourage“. Dörpe mußte u. a. nach Hannover, Deilmissen nach Lüneburg und Rinteln liefern. Der Kantons-Maire von Hammerstein zu Heinsen schreibt den Kommunen seines Kantons, es sei nicht zu verkennen, daß jede neue Lieferung mit vielen Aufregungen für die Untertanen und mit mancherlei Schwierigkeit verbunden sei; die Lieferungen seien jedoch unabwendbar; er erwarte daher seitens der Kommunen „keine weitere Darstellung in dieser Sache“, zumal er selbst höhern Orts keine Einwendungen machen dürfe⁴⁾.

Wie sehr Land und Leute während der westfälischen Zeit ausgenommen wurden, beleuchtet ein Schreiben der Stadt Elze aus dem Jahre 1816, worin es heißt: „Die Bürger haben durch die seit 10 Jahren beispiellose Einquartierungslast infolge der französischen Invasion unbeschreiblich gelitten, daß sie nach nunmehr überstandener Elende selbst nicht begreifen können, wie ihnen möglich war, solches zu ertragen.“⁵⁾

Schnell wie das Königreich Westfalen errichtet worden war, brach es mit Napoleons Sturz zusammen. Gleich nach der Schlacht bei Leipzig im Herbst 1813 war das Amt Lauenstein wieder kurfürstlich-hannoversch. Da Preußen im November 1813 sein im Jahre 1802 erworbenes Fürstentum Hildesheim an Kurhannover abtrat, war von jetzt an unsere engere Heimat mit Ausnahme der Grafschaft Spiegelberg in all ihren Teilen kurfürstlich-hannoversch. Im Jahre 1815 wurde Kurhannover zum Königreich erhoben, so daß unsere Vorfahren also von 1815—1866 königlich-hannoversch waren. Als 1819 die Grafschaft Spiegelberg durch Kauf von dem Grafenhaus Nassau-Diez und Spiegelberg, das inzwischen auf den holländischen Thron gelangt war, an das Königreich Hannover kam, war damit auch das letzte Stück unserer Heimat mit den welfischen Landen vereinigt⁶⁾.

⁴⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Lauenstein II; Fach 181, Nr. 62.

⁵⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Gronau I, IV, Landesökonomiefachen, J; B. 11. a.; Nr. 1.

⁶⁾ Die Akten aus Westfäl. Zeit sind im St.-A. Hannover vereinigt unter der Abtheilung: Hannover 51.

Die von der westfälischen Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen wurden in den königlich-hannoverschen Landen bereits im Frühjahr 1815 aufgehoben. Dennoch ist die kurze westfälische Episode für die spätere Gesetzgebung in unserer Heimat in mancher Hinsicht vorbildlich gewesen.

c) Aus den Bedingungen für die Meisterprüfung im Amt Gronau. 1840.

Im Amt Gronau fordert die Tischlergilde als Meisterstück einen Kleiderschrank oder einen Sekretär oder ein Schreibbüro. Mit dem Meisterstück sind einzuliefern die erforderliche Zeichnung, ein Reißbrett, ein Winkelmaß, ein Winkelhafen und zwei Zollstöcke, damit die Beschauer alles nachmessen können. Will sich der Geselle nur der Meisterprüfung für das Land unterziehen, kann er statt der genannten Stücke auch eine Spiegelskommode wählen.

Die Schmiedegilde fordert für Stadt- und Landmeister die gleichen Meisterstücke, und zwar sollen die Fuß- und Grobschmiede ein Pferd beschlagen und ein Pflugeisen machen; die Nagelschmiede müssen ein Nagelisen, drei Sorten Nägel und eine Zange anfertigen; die Schlosser sollen ein sogenanntes Drittehalbthourenschloß herstellen.

Die Schuhmachergilde verlangt für die Stadtmeisterprüfung ein Paar Mannschuh und ein Paar lange zweinähtige Stiefel, für die Prüfung als Landmeister ein Paar Mannschuh und ein Paar lange einnähtige Stiefel.

Die Schneidergilde fordert als Meisterarbeit von den Stadtmeistern Anfertigung eines Kleiderrockes, eines kurzen Beinkleides und einer weißen Piqué-Weste⁷⁾, von den Landmeistern Anfertigung eines Oberrockes, eines langen Beinkleides und einer beliebigen Weste.

Die Bäcker-gilde verlangt bei der Meisterprüfung, eine beliebige Quantität Grobbrot, Weißbrot, Kreuzbrot, Krengel und Zwieback herzustellen, jedoch von jeder Sorte mindestens zwei Stück und bei nur einmaliger Heizung des Ofens.

Die Gilden der Kramer und Wollenweber fordern kein Meisterstück⁸⁾.

d) Achtzehnhundertachtundvierzig!

Am Sonntag, dem 19. März 1848, als in Berlin heftige Straßenkämpfe tobten, tagte in Celle eine Versammlung von Männern aus der Bürgerschaft, welche die Zeit für gekommen hielten, um auch im

⁷⁾ Piqué = dichter, baumwollener Stoff.

⁸⁾ Quelle wie bei Anmerkung 5: K; B. 23. b; Nr. 1.

Königreich Hannover freierlichere Zustände zu schaffen. Man faßte folgende Beschlüsse:

1. Es soll an S. M. den König eine Petition eingesandt werden; darin ist zu bitten um Entlassung der jetzigen Minister und um Rückgabe der Polizeigewalt an die Städte.
2. Am 29. März sollen morgens aus allen Städten des Landes Deputationen in Hannover ankommen, um durch eine Demonstration den gestellten und noch zu stellenden Forderungen bei der tags zuvor eröffneten Ständeverammlung „Eindruck zu verschaffen“. Die zu sendenden Deputationen sollen zahlreich, jedoch nicht massenhaft sein. Es ist eine feste und würdige, keine drohende Haltung beabsichtigt.
3. Am 27. März, als am Tage vor Eröffnung der Ständeverammlung, sollen sich bereits zwei Deputierte aus jeder Stadt in Hannover einfinden, um sich untereinander über die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen und die Durchführung der geplanten Demonstration zu besprechen.

Schon folgenden Tages, am Montag, dem 20. März, trafen in Gronau der Kaufmann Kappmeyer und der Uhrmacher Schnelle, sowie in deren Begleitung der Besitzer der Glashütte zu Schildhorst, Hampe, als Abgesandte des Celler Magistrats und der Celler Bürgerschaft ein, um die Gronauer Bürgerschaft von den tags zuvor in Celle gefaßten Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. Sie entledigten sich ihres Auftrages im Gasthause Nicolai, woselbst zahlreiche Bürger und zufällig auch der Bürgermeister anwesend waren. Der Bürgermeister ersuchte zunächst die Abgesandten, nachdem sie sich legitimiert hatten, sich mit ihm in seine Wohnung zu begeben; das lehnten diese jedoch ab mit den Worten, diese Angelegenheit könne und müsse öffentlich verhandelt werden. Die Abgesandten fanden nach ihren Ansprachen lebhafteste Zustimmung und man beschloß, als Deputierte der Stadt Gronau für den 27. März Dr. Köbbelen und Notar Gerike nach Hannover zu entsenden.

Mit dem Erscheinen der Celler Abgesandten war in die bis dahin ruhig gebliebene Gronauer Bürgerschaft große Erregung gekommen. Die Bürgerschaft versammelte sich auf dem Rathause und beriet über eine Petition, welche allerhand Wünsche in bezug auf Steuern, Jagdrecht, Brandkasse u. a. enthielt, Wünsche, die man schon oft geäußert hatte, die man aber auch jetzt wieder in die Form untertäniger Bitten kleidete. Die Petition wurde von etwa 30 Personen unterschrieben. „Um durch Widerstand die Aufregung nicht zu vermehren“, unterzeichneten auch der Bürgermeister und die Magistratspersonen. Auch „die untersten Volksklassen“ hielten dem Amtsbericht zufolge an mehreren

Abenden Versammlungen ab. Waren sie auch nicht zahlreich besucht, so „ließen sie doch Ausschweifungen möglich erscheinen“. Es gelang aber, wie das Amt Gronau-Poppenburg nach Hannover meldet, alle Versuche, die Ruhe zu stören, von vornherein zu vereiteln, „wozu auch der Bürgermeister durch seine unerschrockene und umsichtige Haltung wesentlich beigetragen“ habe. Da zahlreiche Nachtwachen aus der Mitte der Bürgerschaft für Ruhe und Ordnung sorgten, wurde von seiten des Amtes Gronau vorerst auf militärischen Beistand verzichtet.

Wenige Tage danach traf in Gronau ein Schreiben der beiden Celler Abgesandten ein, datiert vom 23. März. Der Gronauer Bürgerschaft wird darin nochmals gedankt für die freundliche Aufnahme des gefaßten Planes; die Haltung der Gronauer habe in Celle allgemeine Freude erregt. Dann heißt es in dem Schreiben weiter: Inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert; denn das alte Ministerium zu Hannover ist aufgelöst, und ein Mann des Volkes, der Bürgermeister Stüve aus Osnabrück, ist vom Könige zwecks Bildung eines neuen Ministeriums nach Hannover berufen worden. Deshalb und auch im Hinblick auf die inzwischen geschehenen Versprechungen des Königs darf man also mit Sicherheit darauf rechnen, daß dem Lande seine Wünsche vollständig gewährt werden. Deshalb ist die für den 29. März geplante größere Deputation nicht mehr nötig. Es sollen vielmehr am 26. März aus jeder Stadt zwei Deputierte im Hotel Royal zu Hannover zusammenkommen, um über eine Adresse an die Ständeverammlung zu beraten, in welcher die bis jetzt unerfüllt gebliebenen Wünsche des Landes nochmals ausgesprochen werden sollen. Wichtig ist, daß die Verbindung zwischen den Städten aufrecht erhalten bleibt. Die Deputierten der Städte sollen als Beobachter in Hannover bleiben und die Städte von den Beschlüssen der Ständeverammlung und von dem sonstigen Gang der Dinge fortlaufend benachrichtigen. Als Hauptforderungen werden nochmals bezeichnet:

1. Aufhebung der mit dem 1. Juli 1848 in Kraft tretenden Gewerbeordnung;
2. Beeidigung des Militärs auf die Verfassungsurkunde;
3. Verminderung des stehenden Heeres;
4. Aufhebung des bevorzugten Gerichtsstandes, Gleichheit aller vor dem Gesetz;
5. freie Religionskulte;
6. Aufhebung der gefährlichen Jagdgesetze.

Läßt dies Schreiben schon deutlich genug erkennen, daß die Begeisterung, wie sie sich noch vor wenig Tagen äußerte, im Abflauen begriffen war, so lassen die in diesen und den nächsten Tagen zwischen den amtlichen Stellen der hannoverschen Landesregierung gewechsel-

ten Schreiben keinen Zweifel darüber, welches der Grund für das schnelle Scheitern der revolutionären Bewegung in unserer hannoverschen Heimat war: Die königliche Regierung konnte sich nach wie vor auf ihre Militärmacht stützen. Dieserhalb konnte alsbald von Hannover aus sämtlichen Obergkeiten des Landes befohlen werden, gegen die Ruhestörer mit aller Strenge des Gesetzes zu verfahren, die Aufwiegler sorgsam zu beobachten und nötigenfalls in Haft zu nehmen. Aufrührerische Orte sollten militärisch besetzt werden; die Verpflegung des einquartierten Militärs sollte die unruhig gewordene Einwohnerschaft selbst tragen und dafür nicht entschädigt werden. „Die Gemeinden sind zu verwarnen und aufzufordern, zur Verhütung und Beseitigung von Ruhestörungen nach Kräften mitzuwirken. Wo Militärkommandos eingesetzt werden müssen, soll diesen ein Zivilkommissar beigegeben werden, der die Aufgabe hat, auf die Ruhestörer begütigend zu wirken, Beschwerden entgegenzunehmen, gegebenenfalls an Ort und Stelle sofort Untersuchungen einzuleiten und der Landesregierung von allem eingehend zu berichten.“

Am 31. März sieht sich die königlich-hannoversche Landdrostei zu Hildesheim wegen einzelner Vorkommnisse in den Orten ihres Verwaltungsbezirks veranlaßt, die Untertanen nochmals zu verwarnen. Es seien Gewalttätigkeiten verübt worden, um Konzessionen zu erpressen oder auch, um für vermeintliche Unbilden Rache zu üben. „Wir ermahnen die Bewohner, sich keinem ungesetzlichen Treiben hinzugeben. Die Gesetze und das Ansehen der Obrigkeit werden mit aller Macht aufrecht erhalten werden. Mögen die Bewohner Unserm Könige vertrauen, der eine neue Ordnung der Dinge will!“

Nach dem Bericht des Amtes Gronau-Poppenburg von Ende März waren in den Ortschaften dieses Amtes solche Ruhestörungen nicht vorgekommen. Insbesondere — schreibt der Amtmann — herrscht in den Landgemeinden der beste Geist, so daß auch künftig Ruhestörungen nicht zu erwarten sind. Die Untertanen auf dem Lande haben zwar einige Beschwerden vorgebracht, jedoch mit größter Bescheidenheit. Man wünscht, daß das Vorrecht der Abtigen und anderer Bevorrechteter, von der Naturaleinquartierung der Kavallerie befreit zu sein, beseitigt wird. Die Bauern fühlen sich weiterhin beschwert durch das Überhandnehmen des Wildbestandes; sie fordern Vergütung der Wildschäden, falls den Gemeinden das Jagdrecht nicht überlassen werden soll. Vor allem will das Landvolk eine eigene Brandkasse haben, weil durch den Austritt der meisten Güter und Domänen wie auch der meisten Bürger der Stadt Hildesheim aus der gemeinsamen Brandkasse die Brandkassenbeiträge unerschwinglich hoch geworden sind; keinesfalls wollen die Landleute mit den kleinen

Landstädten allein eine Brandkasse gemeinsam haben, weil in den Landstädten erfahrungsgemäß die meisten und größten Brände entstehen. Alle diese Wünsche sind nach der Meinung des Amtes durchaus berechtigt. Die nach Gronau auf das Amt berufenen Bauernmeister von Eberholzen, Möllensen, Hönze, Nienstedt und Eichum hätten erklärt, daß sie der Aufrechterhaltung der Ruhe in ihren Gemeinden völlig sicher seien.

Tatsächlich wurde nach dem ersten Auslobern der Revolutionsbewegung die Ruhe in unserer Heimat auch nirgends mehr gestört. Als am 13. April ein Advokat Straub aus Hildesheim auf dem Ratshause zu Gronau unerwartet und ungerufen als Agitationsredner erschien und sich bei seiner Rede in Schmähungen gegen einige Gronauer Bürger erging, die seine persönlichen Feinde waren, zwang man den Verunglimpfter auf der Stelle, in aller Öffentlichkeit Abbitte zu tun; dann setzte man ihn auf seinen Wagen und schaffte ihn aus der Stadt hinaus⁹⁾.

e) Die politische Karte.

Während die politische Karte unserer Heimat in der Zeit von 1690 bis 1802 unverändert blieb, hat sie nach dieser Zeit mehrfach starke Veränderungen erfahren. Über den mehrmaligen Wechsel der Landesherrschaft in unseren Gauen seit dem Jahre 1802 ist bereits in dem Abschnitt über die Westfälische Zeit berichtet worden; darum können dieserhalb hier folgende kurze Angaben genügen:

- bis 1802 war das Amt Lauenstein kurhannoversch; die Grafschaft Spiegelberg war ein selbstständiges Territorium; die übrigen Teile unserer Heimat waren hildesheimisch.
- 1802 wurden die bislang hildesheimisch gewesenen Teile unserer Heimat preussisch.
- 1806—1813 unterstand unsere Heimat französisch-westfälischer Herrschaft.
- 1813 wurde das Amt Lauenstein wieder kurhannoversch; die früher hildesheimischen Teile unserer Heimat wurden ebenfalls kurhannoversch.
- 1815 wurde Kurhannover zum Königreich erhoben.
- 1819 ging die Grafschaft Spiegelberg als „Amt Coppenbrügge“ durch Kauf an das Königreich Hannover über,

⁹⁾ Ha.: Hann. 74, Amt Gronau I; Landesökonomiesachen, K; E. 3; Nr. 2 und 3. — (Wegen Errichtung einer Bürgerwehr zu Elze:) ebenda E. 7; Nr. 1.

so daß von nun an unsere Heimat in allen ihren Teilen den gleichen Landesherrn hatte.

1866 wurde unsere Heimat mit dem ganzen Königreich Hannover königlich-preussisch.

Die Abrundung der Ämter zu geschlossenen Verwaltungsbezirken hat im vorigen Jahrhundert erhebliche Fortschritte gemacht. Im einzelnen ist hier folgendes zu vermerken:

1815, als die königlich-hannoversche Regierung die Einteilung der hannoverschen Lande zu Westfälischer Zeit aufhob und ein neues Ämterverzeichnis bekanntgab, erscheint das Kloster Escherde, das bis zu seiner Säkularisation (1810) einen Verwaltungsbezirk für sich gebildet hatte, zum erstenmal als eine Ortschaft des Amtes Gronau.¹⁰⁾

Das Klosterdorf Eddinghausen, das im Jahre 1643 bei der Restitution des Großen Stiffts beim Amte Calenberg verblieben war, ist dem Amte Gronau erst im Jahre 1852 einverleibt worden. Das ist umso erstaunlicher, als doch seit 1813 eine Verlegung dieses Dorfes vom Amte Calenberg an das Amt Gronau einen Wechsel der Landesherrschaft nicht mehr bedeutete. Zwar wurde die Einbeziehung von Eddinghausen in den Amtsverband Gronau mehrfach angeregt, so im Jahre 1817 vom Amt Gronau und im Jahre 1839 vom Domänenpächter Mejer zu Haus Escherde; doch scheiterten alle Bemühungen an dem starren Willen der Eddinghäuser, beim Amte Calenberg zu verbleiben. Man wollte in Eddinghausen gern weiterhin die beschwerlichen Wege von drei Stunden zur Amtsstube in Calenberg machen; viel bedeutungsvoller erschienen den Einwohnern die Beibehaltung des calenbergischen Meierrechts und die weitere Zugehörigkeit zur calenbergischen Brandkasse. Der einmütige Wille der Gemeinde bedeutete für die Landesregierung jahrzehntelang „eine Schwierigkeit gegen den Plan der Verlegung des Dorfes, die sich noch immer nicht hatte beseitigen lassen.“ Der Domänenpächter Mejer macht im Jahre 1839 in seinem Antrage auf Verlegung des Ortes geltend, daß der Weg zwischen Haus Escherde und Gronau bei Eddinghausen einer aufgezogenen Zugbrücke gleiche, da bei nassem Wetter niemand imstande sei, diesen Weg auf Eddinghäuser Gebiet auch mit nur geringer Fracht zu passieren; weder die Gemeinde Eddinghausen noch das Amt Calenberg kümmere sich um diese Wegstrecke. Im Februar 1840 beklagt er sich in Hannover, daß ein mit vier Pferden bespannter, nur mäßig beladener Aderswagen trotz starken Frostwetters in Eddinghausen liegen geblieben sei, so daß er habe ausgegraben werden müssen. In einem anderen Schreiben äußert

¹⁰⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Gronau I; II, A, 1; Nr. 1.

Mejer seine Meinung dahin, die Eddinghäuser glaubten anscheinend, „von dem entlegenen Amte Calenberg in mehrerer Beziehung nicht so genau beaufsichtigt werden zu können“, weshalb sie sich der Verlegung an das Amt Gronau so hartnäckig widersetzten. Aber weder Klagen und Beschwerden noch Verdächtigungen hatten den erstrebten Erfolg. Eddinghausen blieb calenbergisch, bis die hannoversche Landesregierung im Jahre 1852 bei einer Neuorganisation der Landesverwaltung dieser aus mittelalterlicher Zeit herrührenden Absonderlichkeit ein Ende machte¹¹⁾.

Die an anderer Stelle bereits erwähnte Absonderlichkeit, daß der westlich der Leine gelegene Teil der Gronauer Feldmark als ehemalige Gemarkung der mit Gronau vereinigten, zur Vogtei Lauenstein gehörigen, wüst gewordenen Dorfschaften Lede und Bekum lange Zeit für die Gronauer Adersbürger „ausländisches Gebiet“ war, wurde schnell beseitigt. 1819, nach immerhin mehrjährigen Verhandlungen, wurde die Lede Feldmark zum Amt Gronau gelegt; der Antrag der Gronauer Adersmannsvorsteher Tenne und Habbeney, auch die Bekumer Feldmark vom Amte Lauenstein abzutrennen, wurde dagegen abgelehnt.¹²⁾

1824 wurden die Ämter Gronau und Poppenburg durch königliche Verordnung zum Amt Gronau-Poppenburg vereinigt. Die Stadt Elze erhielt damals ihre bis zur Westfälischen Zeit behaupteten Stadtgerechtsame zurück. Wie ehemals durfte die Stadt fortan ihre Angelegenheiten durch Bürgermeister, Senatoren und Ratsdiener selbst ordnen. Der Sitz des neuen Amtes blieb jedoch in Gronau.¹³⁾

1850 wurde das Patrimonialgericht Heinsen aufgehoben; die Gerichtsstelle des Gutes Heinsen war von da an beim Amte Lauenstein.¹⁴⁾

1852 nahm die hannoversche Landesregierung eine weitreichende Umgruppierung der Ämter vor.¹⁵⁾ Die bislang zum Amte Lauenstein gehörenden Ortschaften Ahrenfeld, Dörpe, Hemmendorf, Marienau, Oldendorf, Osterwald, Boldagsen, Benstorf, Esbeck, Quanthof, Sehlde und die Saalemühle wurden dem Amt Coppenbrügge zugelegt; aus Stadt Elze, Burgstemmen, Heyersum, Mahlerten, Mehle, Nordstemmen und Domäne Poppenburg wurde das Amt Elze neu

¹¹⁾ Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 88, C; Amt Gronau A, lit. A; Nr. 21. — Ha.: Hannover 74, Amt Gronau I; II, A, 1; Nr. 2.

¹²⁾ Ebenda: III, D; Nr. 15. — Ha.: Cal. Br. Arch. Des. 88, C; Amt Gronau A; lit. A; Nr. 4.

¹³⁾ Quelle wie bei Anmerkung 10: Nr. 3.

¹⁴⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Gronau IV; Nr. 52.

¹⁵⁾ Ringklib, Hr.: Statistische Übersicht der Einteilung des Königreichs Hannover. Hannover 1853.

gebildet; dem Amt Gronau verblieb der Rest des bisherigen Amtes Gronau-Poppenburg unter Hinzufügung der jetzt aufgehobenen Patrimonialgerichte Rheden und Banteln¹⁶⁾ sowie des bisher calenbergischen Dorfes Eddinghausen. Beim Amte Alfeld verblieben Peke, Sibbesse, Brüggen, Dehnßen, Gut Brünnighausen und Zimmer; als weitere Stücke des alten Amtes Lauenstein kamen jetzt hinzu Hoyerhausen und Rott. Die Amtsgerichte Coppenbrügge und Lauenstein erhielten ihr Obergericht in Hameln; die Amtsgerichte in Elze und Gronau gehörten an das Obergericht in Hildesheim.

Aber schon 1859 wurde diese Neugruppierung umgestoßen. Das 1852 errichtete Amt Elze wurde nun wieder zum Amt Gronau gelegt; dadurch kamen jetzt auch die Ortschaften Sehlde und Eime, die in den Jahren zwischen 1852 und 1859 an das Amt Elze verlegt worden waren, zum Amt Gronau. Eine weitere Abrundung des Amtsbezirks Gronau erfolgte durch die Angliederung der Ortschaften Brüggen, Sibbesse und Peke, die vom Amt Alfeld abgetrennt wurden. Das Amt Coppenbrügge fiel, soweit es sich über Ortschaften unserer engeren Heimat erstreckte, an das Amt Lauenstein. Das Amtsgericht in Gronau wurde an das bisherige Amtsgericht Elze gelegt, das Amtsgericht Lauenstein an das bisherige Amtsgericht Coppenbrügge¹⁷⁾.

1885 wurde die Einteilung der Provinz Hannover nach Ämtern aufgehoben; es trat nunmehr unsere heutige Kreiseinteilung in Kraft. Damals erhielt der heutige Kreis Gronau durch Zuweisung der vom Amt Lauenstein abgetretenen Ortschaften Esbeck, Dunsen, Deilmissen, Deinsen, Heinsen und Marienhagen seine jetzige Ausdehnung und Form. Fölziehausen, Capellenhagen, Duingen und Lübbrechtßen wurden dem Amte Alfeld angegliedert; die übrigen Ortschaften des damaligen Amtes Lauenstein wurden dem Kreise Hameln beigelegt¹⁸⁾.

¹⁶⁾ Ha.: Hannover 74, Amt Gronau I; III, E; Nr. 4.

¹⁷⁾ Quelle wie bei Anmerkung 15: Hannover 1859.

¹⁸⁾ Akten darüber bei den Landratsämtern Gronau, Alfeld und Hameln-Pyrmont.

Die Kirchen unserer Heimat.

Ihre Geschichte und ihre Kunst.

Von D. Dr. Edgar Hennede.

Vorbemerkungen.

Die Ortskirche, als überragendes Gebäude und in der Regel ältestes Baudenkmal am Orte, gibt nicht nur dem Ortsbilde den Charakter, sondern sie verkörpert, vermöge der in ihr durch die Jahrhunderte vorgenommenen Handlungen: Wortverkündung und Sakramentsverwaltung, einen ganz hervorragenden Teil seelischer Inhalte, die die Reihenfolge der Geschlechter im Wandel der Zeiten erlebt hat. Damit wird der Blick zugleich auf die Nachbarkirchen gelenkt, weiterhin auf die großen Verbände der Einzelkirchen, und auf die allgemeine christliche Kirche, die wir im dritten Artikel des uralten Glaubensbekenntnisses bekennen. Diese ist unsichtbar und Glaubensgröße, während sich die sichtbare Kirche in Ausübung der Gottesdienste, in Verfassung und Gemeindeordnungen darstellt.

Auch die Kirche ist also in den Wechselzustand der Geschichte eingetreten und ihren Veränderungen von jeher unterworfen gewesen. Die folgenden Darstellungen sollen zeigen, wie solche Veränderungen in dem kleinen Rahmen unsrer Heimat sich ausgewirkt haben.

Das wird auch merkbar auf dem Gebiete der mannigfachen Kunstübung, die wir an kirchlichen Bauten, ihren Einrichtungen und Gebrauchsgegenständen gewahren. Selbst in diesem engeren Rahmen heben sich in den Resten der Baukunst wie der Kleinkunst die zeitlichen Schichten der großen christlichen Kunstepochen, der romanischen (bis etwa 1220 n. Chr.), des Übergangsstils (bis gegen 1300), der gotischen (vor 1300 bis nach 1500), der anschließenden Renaissance und des Barock, voneinander ab. Aber es bleibt hier wie sonst der Eindruck, daß das Mittelalter mit seiner einheitlichen, dem Übersinnlichen einseitiger zugewandten Kultur in seinen Kunstzeugnissen Ausdrucksmittel des religiösen Gefühls geschaffen hat, die diejenigen späteren Zeiträume an Vertiefung und Formvollendung übertreffen,